

# Die Bergbau-Industrie

## Organ des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands

Abonnementspreis durch Boten vierteljährlich 3 RM., durch die Post 3,60 RM. • Einzelnummern 10 Pfg. • Anzeigen: Die 25 mm breite Millimeter-Zeile oder deren Raum 40 Pfg. • Platzvorschriften ausgeschlossen. Postfach-Konto Hannover Nummer 578 13. • Giro-Konto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Filiale Bochum, Kaiserstraße 34. • Telefon-Nummer 608 21. • Telegrammadresse: Arbeiterverband Bochum.

### Maschinisierung und Arbeiterschutz.

Eines der beliebtesten Argumente der Zechenbesitzer bei Abwehr der Forderungen der Arbeiter bezüglich Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ist der Hinweis auf Untragbarkeit der dadurch entstehenden Belastungen. Nun war es aber bisher den Arbeitervertretern immer möglich, nachzuweisen, daß alle Belastung aus freiwilligen oder (über die Schlichtungsinstanzen) erzwungenen Zugeständnissen stets restlos wettgemacht wurde durch entsprechende Steigerung der Produktivität der bergmännischen Arbeit. Als Beispiel diene nur, daß im Ruhrbergbau der Schichtförderanteil pro Kopf der bergmännischen Belegschaft folgende Steigerung erfuhr: 1913: 943 Kg., 1925: 946 Kg., 1927: 1191 Kg., 1929 (Februar): 1248 Kg. Die Zechenbesitzer erwidern nun hierauf, daß diese Steigerung der Produktivität zumeist auf eine von ihnen durchgeführte Rationalisierung und Maschinisierung zurückzuführen sei. Sie behaupten weiter, daß dieser Prozeß der Rationalisierung und Maschinisierung jedoch nicht in alle Ewigkeit fortgesetzt werden könnte und in der Hauptsache als abgeschlossen gelten müsse. Das ist natürlich eine sehr gewagte Behauptung. Stimmt sie nämlich, dann wäre das gleichbedeutend mit Stillstand des technischen Fortschritts im Bergbau bzw. bei der Kohlegewinnung.

Ernstlich aber glaubt kein Mensch, daß der gegenwärtige Stand auf diesem Gebiete der Weisheit letzter Schluß ist. Die Arbeitervertreter haben auch stets den Zechenbesitzern gegenüber diese Auffassung vertreten und sie haben auch damit völlig Recht. Auch die Zechenbesitzer selbst denken gar nicht daran, daß alle Rationalisierungs- und Technisierungsmöglichkeiten im Bergbau erschöpft sind. Im Gegenteil kann man heute feststellen, daß sie selber noch große Möglichkeiten auf diesem Gebiete erhoffen und erwarten. Ganz deutlich ist das ausgesprochen worden im Jahresbericht des Bergbauvereins (Essen) für das Geschäftsjahr 1928. In diesem Jahresbericht befindet sich auch ein Abschnitt über die technischen Aufgaben des Vereins. Unzweideutig ist daraus zu ersehen, daß man in diesen Kreisen mit weiteren, bedeutungsvollen technischen Neuerungen bei der Kohlegewinnung rechnet. Rein faktisch bestehen sogar solche Neuerungen jetzt schon, denen aber praktisch noch verschiedene Hindernisse im Wege stehen. So ist zum Beispiel aus dem Bericht zu ersehen, daß die fortschreitende Technisierung und Maschinisierung eigentlich nicht scheitert an der Kunst des Ingenieurs, sondern an der betrieblichen Eigenart des Kohlenbergbaues, wie sie bedingt ist durch die bestehenden berggesetzlichen Vorschriften. Unser Kohlenabbau vollzieht sich nämlich so, daß für die hereingewonnene Kohle ein Ersatz geschaffen werden muß, um den entstandenen Hohlraum auszufüllen, schlechthin „Bergerverfah“ genannt. Im gleichen Tempo also, wie Kohle gewonnen wird und Hohlräume entstehen, müssen Berge herangeschaffen und die Hohlräume ausgefüllt werden. In diesem Zusammenwirken aber entsteht ein immer größeres Mißverhältnis. Das rührt einmal daher, daß die reine Kohlegewinnung viel rationeller und schneller, weil technisch leichter und vollkommener zu bewerkstelligen ist, als das Bergerverfah. Zum anderen aber macht auch die Beschaffung von Bergerverfah immer mehr Schwierigkeiten, da heute schon Zechen vorhanden sind, deren Halbenbestände aufgebraucht sind und die den notwendigen Verfaß von immer weiterer Entfernung heranzufahren müssen. Wäre diese Frage nun zur Zufriedenheit gelöst, das heißt würde die Verfehlung der Hohlräume immer in gleichem Tempo gesteigert werden können wie der Abbau der Kohle, dann wäre schon jetzt möglich, die Maschinisierung der Kohlegewinnung weiter zu entwickeln. Wohl werden heute schon über 80 Prozent der Kohle maschinell gewonnen. Diese „maschinelle“ Gewinnung aber ist im Bergbau eigener Art. Es ist eigentlich nur maschinelles Handwerkzeug, was der Bergmann bei seiner Arbeit benutzt. So werden zum Beispiel 78 Prozent der Förderleistung „maschinell“ gewonnen dadurch, daß der Bergmann statt einer Hacke einen sogenannten Hammer benutzt, so daß man sich also nicht vorstellen darf, daß die Kohle durch eine Maschine gewonnen wird, die nur vom Bergmann bedient zu werden braucht, etwa wie eine Bagger- oder Mähmaschine.

Das Merkmal eines wirklich maschinellen Betriebes also mit vielfacher Leistung gegenüber Handbetrieb und mit geringerer körperlicher Beanspruchung des Menschen ergibt sich bei der Kohlegewinnung nicht. Die Absicht der Zechenbesitzer aber geht dahin, diesen rein maschinellen Effekt immer mehr zu steigern. Ein großes Hindernis hierbei ist aber, wie gesagt, noch die ungelöste Frage eines genügend schnellen Beförderung des Bergerverfahes. Hier sucht man deshalb ganz neue Wege zu gehen. Einmal versucht man es durch ein sogenanntes Blaserfahren, dem aber auch noch viele Mängel anhaften. Ebenso ist es mit dem Einbringen des Bergerverfahes mittels Schrapper und Bergerverfahmaschinen. Immer mehr neigt man deshalb dazu, soweit irgend möglich, mit dem bisherigen Vollverfah überhaupt zu brechen. Man will hier den Engländern folgen, die bisher so gut wie gar keinen Verfaß kennen

und dabei besser fahren wollen als wir Deutsche sowohl hinsichtlich der Sicherheit als auch der Kohlegewinnung. Tatsächlich sind auch schon im Ruhrbergbau Versuche im Gange, die den Vorteil bzw. Nachteil von sogenanntem Rippenbau und verfaßlosem Abbau erweisen sollen.

Sollte sich der letztere tatsächlich als durchführbar und betriebsficher erweisen, dann bedeutete das für die Zukunft noch gewaltige Steigerungsmöglichkeiten für die Produktionsleistung des Bergbaues. Gerade deshalb aber, weil diese Entwicklung eine gewaltige Leistungssteigerung und damit auch höhere Rentabilität verspricht, müssen unsere Leute doppelt aufmerksam sein, damit ihnen daraus nicht vielleicht irgendwelche Gefahren erwachsen für Leben und Gesundheit, die durch wirtschaftliche Vorteile allein nicht wettgemacht werden. Für den Fall einer derartigen Entwicklung rechnet man nach dem Bericht des Bergbauvereins schon mit der Einführung von Kohlenlade- und Schütteltruckschen, wo dieselben den Anforderungen an eine schnelle Bewältigung der zu befördernden Kohlenmengen einerseits und der Bergmengen andererseits nicht mehr gewachsen sind. Heute schon hat man ja Förderbänder in Betrieb, aber nur in Streben mit ganz flacher, welliger Lagerung oder an Betriebspunkten mit besonders großen Kohlen- und Bergefördermengen. Man sieht also, daß es wirklich noch nicht am Ende ist mit dem Prozeß der Rationalisierung und Maschinisierung.

Rein wirtschaftlich gesehen, dürfte dieser Ausblick, den der Bericht des Bergbauvereins gewährt, ziemlich begrüßenswert erscheinen. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. Neben der Maschine und den Kohlen und Bergen fungieren in diesem Prozesse auch noch Menschen, die Bergarbeiter. Gerade aus einer fortschreitenden Maschinisierung der Kohlegewinnung können denselben sehr leicht große Gefahren erwachsen. Ueber Lage bedeutet ja fast jede Maschinisierung eine Erleichterung der Handarbeit. Das ist unter Lage jedoch oft umgekehrt, schon wegen der Eigenart der dortigen Verhältnisse. Enger Raum, schlechte Beleuchtung, schlechtes Deckgebirge, das sind die natürlichen Uebelstände, mit denen da unten zu rechnen ist. Auftretende und herannahende Gefahren machen sich so dem Bergmann viel eher und mehr mittels seines Gehörs bemerkbar, als mittels seines Auges. Mit jeder Vermehrung des maschinellen Betriebes aber wird die Wahrnehmung mittels des Gehörs schwerer und schließlich unmöglich. Außerdem ist die Handhabung aller Untertagemaschinen in den engen und oft sehr schlechten Raumverhältnissen natürlich bedeutend schwieriger und mühevoller als über Lage. Diese Schwierigkeiten des Raumes, der Handhabung der Maschinen, vereint mit einem oft mit Worten einfach undurchdringlichen Lärm derselben, machen so heute schon manchmal die Arbeit zur Hölle. Fortschreitende Maschinisierung also bedeutet von diesem Standpunkte aus nur fortschreitende Verschlechterung des Arbeitsaufenthaltes, also des Arbeitsverhältnisses für den Bergmann.

In der Öffentlichkeit ist man sehr leicht geneigt, in der Maschinisierung der Kohlegewinnung gleichzeitig eine Erleichterung des Bergmannsberufes zu erblicken. Das Umgekehrte ist der Fall. Wir haben weiter oben gesagt, daß heute schon 80 Prozent der Kohlegewinnung maschinell, das heißt mittels Hammer erzielt werden. Was heißt aber „mittels Hammer“? Das heißt, daß der Bergmann statt einer Hacke oder eines Videls den Maschinenhammer, der ein Gewicht von über 20 bis 30 Pfund besitzt, in seinen Händen frei zu halten hat, um damit den Kohlenstoß zu bearbeiten. Einen solchen Maschinenhammer, der durch Luft in Betrieb gehalten wird, stundenlang zu handhaben, dürfte sicher niemandem als eine leichte Funktion erscheinen. Es muß deshalb parallel mit der technischen Entwicklung und der Mechanisierung der bergmännischen Tätigkeit die Sorge um das menschliche Wohlergehen des Bergmanns einhergehen. Unser Verband wird hier natürlich alles daran setzen, damit das in weitreichendem Maße feststellbar bleibt.

In erster Linie muß sich diese ganze Entwicklung in der Entlohnung des Bergmanns bemerkbar machen. Aber auch die stete Verbesserung der Arbeitsverhältnisse an sich ist hier unbedingte Notwendigkeit. Die Zechenbesitzer scheinen ja anderer Auffassung zu sein, wie gerade die Erfahrungen aus den letzten Tarifbewegungen zeigen. Statt Lohnaufbesserung ist Lohnabbau ihr Ziel. Auch streben sie nach Arbeitszeitverlängerung und denken nicht daran, dem Bergmann eine einigermaßen wirksame Erholungs(Urlaubs)zeit zu gewähren. Ihnen ist der Mensch an sich nichts, höchstens ein Stück Maschine. Der Arbeiter muß sich eben in den fortschreitenden maschinellen Mechanismus einordnen. Der Unternehmer kalkuliert aus diesem Gesamtmechanismus dann eben nur die finanziellen Umlaufkosten und den Profit. Was dabei zugrunde geht, spielt

nur insoweit eine beachtenswerte Rolle, als sich damit die Umlaufkosten erhöhen. Die Menschen sind hierbei schließlich (als Neuananschaffung) das billigste Material. Mag dieser oder jener früher oder später liegen bleiben, leicht ist Ersatz für ihn geschaffen. Das ist eben Kapitalismus. In dieser Wirtschaftsordnung wirtschaftet man eben nicht für den Menschen, sondern für das Kapital. Dem letzteren gilt der ganze Dienst der Unternehmer. Der Arbeiter wird nur bestmöglich in diesen Dienst eingepaßt. Aber einmal ist auch die Arbeiterschaft solcher Verhältnisse satt. Der Arbeiter verlangt heute, als Mensch auch im Produktionsprozeß beachtet und behandelt zu werden.

Die letzten Verhandlungen über Neuabschluss eines Manteltarifs für den Ruhrbergbau haben gezeigt, daß die Erfüllung dieses Verlangens noch harte Kämpfe erfordert wird. Die Unternehmer zeigen sich immer hartnäckiger gegenüber unseren Forderungen und bemühen sich immer mehr, statt den Arbeitern Verbesserungen zu gewähren, Verschlechterungen anzubieten und durchzuführen. Das ist um so bezeichnender, als die Geschäftsgeftaltung im Ruhrbergbau keine Verschlechterung, sondern im Gegenteil sehr gute Verbesserungen aufweist. Die Unternehmer selbst leugnen diese Tatsachen gar nicht, sondern betonen nur, daß die Rentabilität immer noch zu niedrig sei, da sie heute noch keine genügende Rente bringe, das heißt, das investierte Kapital nicht genügend verzinsse. Daß die Arbeitskraft als Bestandteil des Produktionsmechanismus ebenfalls investiertes Kapital ist und ebenso, ja noch mehr, eine „angemessene“ Verzinsung erheischt, wie das tote Kapital der Unternehmer, das kommt diesen Leuten natürlich nicht in den Sinn. Und doch wäre nichts gerechter als das. Heute wird die Arbeitskraft nur abgeschrieben, das heißt der Arbeiter bekommt nur soviel Vergütung, damit er sich gerade als Arbeiter erhalten kann. Auch das tote investierte Kapital wird abgeschrieben, das heißt, immer wieder ersetzt. Darüber hinaus aber verlangt der Unternehmer für sein totes Kapital noch eine besondere fette Leibgebühr in der Rente. Mit welchem Rechte verweigert man diese Rente dem Arbeiter? Auch seine Arbeitskraft müßte zu einem bestimmten Werte als Kapitalanteil im Unternehmen eingeschätzt werden und bei der Aufteilung der Rente Berücksichtigung finden. Statt dessen aber ist der Kapitalist, der Unternehmer, immer darauf aus, ihm noch sein Existenzminimum zu kürzen, nur um einseitig für sein totes Kapital eine möglichst hohe Rente zu sichern.

Mit dieser rein kapitalistischen Wirtschaftsgeftaltung muß endlich aufgeräumt werden. Hier ist ein besonderes Aufgabengebiet auch für die staatliche Schlichtung. Entweder muß die staatliche Schlichtung hier neue, von der Arbeiterschaft wie von unserem neuen Zeitalter überhaupt verlangte Wege mitgehen, oder aber der Arbeiterschaft den Weg frei lassen, damit sie in eigener Kraft mit dem Unternehmertum um ihr Recht streiten kann. Gerade im Ruhrbergbau hat sich bisher, wie schon gesagt, offensichtlich erwiesen, daß jedesmal die Zugeständnisse an die Arbeiter durch gesteigerte Förderleistung völlig wettgemacht wurden. Die technische und geschäftliche Entwicklung zeigte dabei einen stets befriedigenden Stand. Auch die letzte Lohn-erhöhung, soweit man überhaupt von einer solchen reden kann, hat den Bergbau so gut wie nicht berührt. Rein geschäfts- und rentabilitätspolitisch steht derselbe viel glänzender da, als nach der Lohnerhöhung 1928. Nichts ist objektiv Veranlassung, hier besondere Schonung zu gebieten, es sei denn, daß man dem Gesamtmer der Ruhrindustriellen Recht gibt über die „nicht genügende“ Rente. Dieses Prinzip der „genügenden“ Renten aber darf nicht zum ausschlaggebenden Faktor öffentlich-wirtschaftlicher Maßnahmen werden. Hier muß immer im Mittelpunkt der Betrachtung der lebendige Mensch stehen. Das gilt gerade dann ganz besonders, wenn es sich darum handelt, das Arbeitsverhältnis des schaffenden Menschen wirklich menschlich zu gestalten, wie wir das in diesen Tagen im Ringen um einen neuen Manteltarif wieder für die Bergarbeiter versuchen. Der Ruhrbergbau ist in der Lage, unsere Forderungen auf diesen Gebieten zu erfüllen, ohne daß seine Weiterentwicklung und Wirtschaftlichkeit auch nur im geringsten berührt wird. Daß die Unternehmer das Gegenteil behaupten, ist natürlich selbstverständlich. Warten, bis von ihnen das Eingeständnis der Möglichkeit von Verbesserungen für die Arbeiter kommt, ist Narretei. Die Bergarbeiter erwarten bestimmt, daß ihnen diesmal Recht wird in der Ueberzeugung, daß das nicht zu ihrem, sondern auch zum Vorteil des Bergbaues selbst wäre.

Wir haben einleitend aufgezeigt, daß sich der Ruhrbergbau in fortschreitender Besserung befindet, wie ein Studium der Ziffern über den Förderanteil noch besonders erweist. Wir haben weiter gezeigt, daß auch in Zukunft hier noch kein Stillstand zu erwarten ist und die Zechenbesitzer selbst mit einem weiteren Aufstieg rechnen. Hier müssen die Arbeiter ihren Anteil erhalten, wenn man sie nicht offensichtlich zugunsten der Zechenbesitzer schneiden will. An alle Bergarbeiter ergeht deshalb der Ruf, sich einzuordnen in unsere Reihen, damit wir stark genug sind, wenn es gilt, uns aus eigener Kraft zu holen, was man freiwillig zu gewähren sich weigert. Getrennt sind wir nichts, nur vereint sind wir stark!

# Sozialversicherung oder Sozialpartei?

Schon längere Zeit führt die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ das Organ der rheinisch-westfälischen Montanarbeiter, einen Kampf gegen die deutsche Sozialpolitik, besonders aber auch gegen alle Sorten der Sozialversicherung. Fast keine Nummer erscheint ohne einen Artikel gegen irgendeinen Versicherungszweig. Einmal ist es die Krankenversicherung, dann die Invaliden-, Angehörigen-, Unfall- und besonders auch die Erwerbslosenversicherung. In diesem Kampf stellen sich dem Unternehmerorgan leider eine ganze Anzahl „Wissenschaftler“ zur Verfügung. Auch Angehörige und Arbeiter sind nach Angabe dieses Scharfmacherblattes angeblich mit ihren Forderungen und Vorschlägen einverstanden. Diese Angestellten und Arbeiter sitzen sicher in der Redaktion oder ähnlichen Stellen. Kein vernünftiger deutscher Arbeiter oder Angehöriger kann das, was die Zeitung in dieser Angelegenheit bringt, gutheißen oder mit seinem Namen beden, es sei denn, daß er sich vollständig als Heiße Luft fühlt.

Die in dieser Zeitung zu Wort kommende Goldschreiber des Unternehmertums haben nun das Ei des Kolumbus entdeckt. Nicht mehr Sozialversicherung, sondern Sozialpartei heißt bei ihnen die Parole. Was da im Laufe der letzten Monate verpackt wurde, geht auf keine Kuhhaut.

In der Nummer 116 vom 19. Mai nimmt ein A. Hemmer (Essen) zur Frage: „Was ist Sozialpartei?“ erneut Stellung. Einleitend schreibt er, diese Frage stellen, heißt sie bejahen oder wenigstens den Schein des Bedürfnisses hierfür anerkennen. Wenn die Versicherten in ihrer Gesamtheit mit den Einrichtungen der Sozialversicherung zufrieden wären, würde diese Frage nicht aufkommen.

Oberflächlich gesehen, könnten diese einleitenden Worte demjenigen, der nicht weiß, was das Unternehmerblatt bezweckt, zu denken geben, daß hier etwas nicht stimmt. Es soll nicht bestritten, sondern sogar betont werden, daß die Einrichtungen der Sozialversicherung nicht den Wünschen der Versicherten voll entsprechen. Die Wünsche gehen aber dahin, daß ein Ausbau und eine Vereinfachung der gesamten Sozialversicherung erfolgt. Noch lange nicht ist das, was in der Reichsverfassung grundsätzlich festgelegt ist, erfüllt.

Die Goldschreiber, darunter auch Herr A. Hemmer, wollen angeblich mit der Einrichtung von Sozialpartei an Stelle der Sozialversicherung den allgemeinen Wohlstand der Bevölkerung heben und den Kapitalmangel der Wirtschaft abstellen. Auch soll die Einrichtung der Sozialpartei den Sparfuss der Arbeiterzeit heben und den Verlaß auf eine Unterstützung durch die Allgemeinheit beseitigen. Man sagt nicht mehr und nicht weniger, als daß durch die Sozialversicherung das persönliche Streben des einzelnen verschwinde. Diese Herren haben von Solidarität noch nichts gehört. Ueber die unzähligen Opfer der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung einfach hinwegzugehen wäre die Folge bei der Abschaffung der Sozialversicherung. Weil man nun aber weiß, daß man die Abschaffung der einzelnen Versicherungszweige der Arbeiterschaft nicht schmachtig machen kann, will man nur einen Teil der Beiträge zur Sozialversicherung zur Einrichtung der Sozialpartei verwenden. Wenn man nun weiter diese Menschen hört, dann sollen ungefähr zwei Drittel der jetzigen Beiträge zur Einrichtung der Sozialpartei verwandt werden.

Unter Annahme eines Stundenlohnes von 0,90 M., mit 6prozentiger Verzinsung, bringt A. Hemmer nach 10 Jahren 3360 M., nach 20 Jahren 9360 M., nach 30 Jahren 20.160 M. und nach 40 Jahren 39.360 M. Kapital für den einzelnen Arbeitnehmer heraus. Nur die ganz schweren Wechselfälle des Lebens sollen nach diesen Vorschlägen von dem Rest der Sozialversicherung abgezogen werden. Mit 60 Jahren sind dann die Arbeiter Kapitalisten und alles ist in Butter! Die Alten haben am Lebensabend das Paradies auf Erden und hinterlassen den Nachkommen noch das ganze Kapital, denn mit 6prozentiger Verzinsung bekommt ja der abgearbeitete Mensch rund 20 Mark monatlichen Zins. Herr Hemmer! Besteht da nicht die Gefahr, daß der einzige Sohn denn überhaupt nicht mehr arbeitet und nach dem Tode des Vaters nur von den Zinsen lebt? Geht denn die Arbeit nicht kaputt, wenn nur noch Kapitalisten da sind und niemand mehr arbeitet? Das wäre doch die Folge in vielleicht zwei Generationen, wenn, ja wenn Ihre Rechnung kein Loch hätte! All den Unfuss zu widerlegen, der in dieser Angelegenheit schon geschrieben wurde, dazu ist wirklich das Papier zu schade.

Die „schweren Wechselfälle des Lebens“ sollen ja durch den Rest der verbleibenden Sozialversicherung abgezogen werden. Aber wenn dazu der vorgesehene geringe Beitrag reichen würde, wo bleibt dann das angeammelte Kollektivkapital der Sozial-

versicherung? Die Folge wäre doch die, daß alle Arbeitnehmer, die das Unglück haben, krank zu werden, innerhalb eines Jahres zu sterben oder zu Invaliden, noch mehr am Sperrstange neben Millionen, zu sein (sogar geflüchtet). Dessen können hier nicht die Mittel des Unternehmertums, sondern nur die Zusammenfassung der Vereinheitlichung, der Aufbau, und nicht der Aufbau der Sozialversicherung. Durch Vereinheitlichung der Krankenkassen allein könnte schon sehr viel gespart werden. Bedauerlich ist dies alles nachzugehen, wollen wir heute unterlassen, aber vielleicht werden wir es später nachholen. Die Lastengemeinschaft des sogenannten Volkes zur Aufbringung der notwendigen Mittel für die Opfer der Arbeit ist sicher billiger und auch ethischer, als die empfohlenen Mittel der kapitalistischen Goldschreiber.

Noch nennen wir das Kind beim richtigen Namen. Das Unternehmertum sieht, daß die Arbeiterschaft, besonders die sozialistische und die freigewerkschaftliche, nahe auf ihr Ziel, die Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft, hinarbeitet, und benutzt deshalb alle Mittel, dieser Arbeiterschaft Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Wenn die Leute nichts zu sagen und zu tun haben, sind sie vielwilliger Ausbeutungsobjekte. Das sind die Hintergedanken. Wollen die Unternehmer Seibung des allgemeinen Wohlstandes, dann müssen sie den von den Gewerkschaften gemachten Vorschlägen folgen, denn arm brauchen bei dem heutigen Stand der Technik und Wissenschaft die Vöter nicht zu sein. Deshalb: Finger weg von der Sozialversicherung! Nur Ausbau und Vereinfachung kann hier die Parole sein, damit das, was im Artikel 161 der Reichsverfassung festgelegt ist, auch wahr wird!

K. Ammann.

## Schiedspruch für Aachen.

In der Lohn- und Arbeitszeitfrage im Aachener Steinkohlenbergbau wurde am 24. Mai unter dem Vorsitz des Rheinlandschlichters, Herrn Oberlandesgerichtsrats Dr. Joetten (Köln), der untenstehende Schiedspruch gefällt.

Die Parteienverhandlungen fanden am 14. und 25. Mai statt, sie wurden fortgesetzt am 27. Mai. Besonders schwierig gestalteten sich die Verhandlungen in der Schlichterkammer. Die Unternehmer hatten gegenüber den bekannten Forderungen der Arbeiterorganisationen (Ungleichung an das Ruhrgebiet) die nachstehenden Forderungen gegenübergestellt:

1. Die bestehende Lohnordnung bleibt unverändert in Kraft.
2. Verlängerung der Schichtzeit unter Tage um eine Viertelstunde, also auf 8 1/4 Stunden.
3. Verlängerung der Schichtzeit der mit der eigentlichen Schichtförderung zusammenhängenden Teile der Belegschaft unter und über Tage (Anschläger, Hilfsanschläger, Abzieher und Aufschieber) bis zur Beendigung der Seilfahrt ihrer Schicht.
4. Befassung der bisherigen Schicht- und Arbeitszeit über Tage und Fortfall der Verkürzung der Schichtzeit an den Sommerabenden auf Anlagen mit zwei Förderschichten.
5. Falls durch die Arbeitszeitverhandlungen im Ruhrbezirk die Schichtzeit verlängert wird, eine entsprechende weitere Verlängerung der Schichtzeit für den Aachener Bezirk.
6. Außerdem noch acht volle Ueber- und Lebensschichten jährlich über die geforderte Schichtzeit hinaus, wenn die Werte sie für notwendig halten.
7. Befestigung des Anhangs zum Tarifvertrag vom 17. Oktober 1922 betreffend Zahlung des Soziallohnes in Krankheitsfällen.

Diese Forderungen wurden jedoch durch die Arbeitervertreter auf Grund ihres durchschlagenden Materials insgesamt abgelehnt. Auch der Schlichter lehnte die Forderungen der Unternehmer ab. Es kam der nachfolgende Schiedspruch zustande:

1. Die zurzeit geltende Lohnregelung bleibt über den 31. Mai hinaus mit folgender Aenderung in Kraft:  
Die tariflichen Schichtlöhne erhöhen sich ab 1. Juni um 3 Prozent. Aenderung von Bruchteilen wie bisher.  
Für die Jugendlichen (14 und 15 Jahre) und die Lehrlinge beträgt die Erhöhung ab 1. Juni 5 Prozent und ab 1. Oktober weitere 3 Prozent.
2. Die zurzeit geltende Arbeitszeitregelung bleibt über den 30. Juni hinaus mit folgender Maßgabe in Kraft:  
a) dort, wo die Schichtzeit über Tage noch 12 Stunden beträgt, wird sie ab 1. Juli auf 11 Stunden gekürzt;

9. Einsetzung eines Schiedsgerichts, bestehend aus Arbeitgeber und Arbeitnehmern, durch welches die Beschwerden über die Leistungsfähigkeit gewissenhaft geprüft und beigelegt werden.

Diese Forderungen betrafen die unglaublichen Bedingungen, unter denen damals die Bergarbeiter zwölf Stunden pro Schicht schuften mußten, zur Genüge. Hohe Disziplinarstrafen, die vielfach den Schichtlohn überstiegen, waren an der Tagesordnung. Dazu kam die unmenschliche Behandlung durch die Vorgesetzten. Daß den Bergleuten das ihnen gesetzlich zustehende Koalitionsrecht vorenthalten wurde und daß sie schlechte Deputatlohn erhielten, versteht sich von selbst. Es war daher menschlich begründlich, daß es bei der Ablehnung der Forderungen zu Unruhen und Gewalttaten kam, die sich vornehmlich gegen die verhassten Grubenbeamten richteten. Insbesondere waren es die am miserabelsten behafteten Arbeiter, die Schleppler, deren Groll über die Hungerlöhne sich in der Zertrümmerung der Grubenanlagen und Mißhandlung von Grubenbeamten ausstobte.

Wir folgen hier einer Schilderung der Tumulte in Nieder-Sernsdorf des „Waldenburger Wochenblattes“ vom 18. Mai 1889:

Nachdem bereits am Montag, also dem 13. d. M., Abteilungen Schleppler der Müchhills-Grube in Nieder-Sernsdorf die Arbeit eingestellt hatten, folgte diesem Vorgehen am anderen Tage die gesamte Belegschaft der Grube. Ihnen schlossen sich am Dienstag die Mannschaften der Friedenshoffnung-Grube, wo Auslösung stattfand, an. Dabei haben sich junge Bergleute im Alter von ungefähr 18 bis 20 Jahren hincorben lassen, Erzeze zu begehren, die allgemein Mißbilligung erfahren und dies auch verdienen. Auf der Müchhills-Grube hinderten Streikende die Bergleute, welche anfahren wollten. Steiger Reuter wurde gemißhandelt und erlitt dabei einen Beinbruch. Der Maschinenmeister Menzel und der Maschinenmeister Wittwer wurden ebenfalls gemißhandelt.

Auf den Schächten hatten sich um 5 Uhr nachmittags Gruppen von Streikenden gebildet. Hierzu kamen binnen kurzer Zeit noch Hunderte der Bevölkerung, so daß in der siebenten Stunde eine ungeheure Menschenmenge zusammengebrochen war. Jetzt griffen die Tumultanten die Gebäude der Schachtschächte an, warfen mit Steinen die Fenster ein, rissen mit Händen die Fenstergerüste heraus, zerlegten die Lampen, würgten die Säbne von dem Dampfsteig, beschlagnahmten die Ausrüstung und vertrieben andere Gewerkschaften. Dem Bergwerksrat Garmann rissen die Tumultanten die Kleider vom Leibe und mißhandelten ihn darrartig,

b) mit Wirkung vom 1. Oktober ab wird diese Schichtzeit überall, wo sie bis dahin noch 11 Stunden beträgt, auf 10 1/2 Stunden gekürzt;

c) mit Wirkung vom 1. Januar 1930 ab wird die bisherige Schichtzeit unter Tage um eine Viertelstunde gekürzt. Der tarifliche Schichtlohn wird hierdurch nicht beeinflusst.

3. Die Regelung zu 1 und 2 ist erstmalig am 1. Oktober zum letzten Kobenbertag 1930 kündbar. Erfolgt keine Kündigung, so läuft die Regelung ein halbes Jahr weiter.

4. Die Erklärung über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches hat bis übermorgens 12 Uhr zu erfolgen (gegenseitig und gegenüber dem Schlichter).  
Aachen, den 27. Mai 1929. Joetten.

Ob dieser Spruch durch den Reichsarbeitsminister verbindlich erklärt wird, bleibt abzuwarten. Zu beachten ist, daß die dreiprozentige Lohnerhöhung ohne Berücksichtigung der Auswirkungen der Verzinsung festgesetzt wurde. Wenn man zu der dreiprozentigen Lohnerhöhung die bestehende Ermäßigung der Koalitionsbeiträge hinzurechnet, so kommt dieser Spruch in seinem Lohneffekt an den Ruhrschiedspruch heran.

## Akkord!

Es kann ohne Uebertriebung als eine feststehende Tatsache bezeichnet werden, daß der bei weitem größere Teil der Arbeiterschaft in der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsordnung gegen jegliche Akkordarbeit ist. Im Tief, wie im Tagebau kann der Bergmann von den Auswüchsen dieses Antreibesystems ein Liedchen singen, weiß doch der Arbeiter, daß er bei der Abschließung des Akkordvertrages oder Gebinges als der wirtschaftlich Schwächere immer der Benachteiligte ist.

Man findet selten, daß bei einem Akkordvertrag oder einer Gebingeregulierung beide Parteien sich einig werden. Meistens ist es so, daß der Vorgesetzte den Gebingezettel schon fertig mitbringt. Die übergroßen Anforderungen verketten oft zur Ueberanstrengung der menschlichen Arbeitskräfte. Wo soll da die Arbeitsfreude bleiben, wenn der Arbeiter mit dem Gedanken zum Bergwerk geht, daß er das Meiste an Kräften hergeben muß, um einen leiblichen Lohn zu erlangen? Hinzu kommt noch das Bewußtsein, daß er von dem Wert des Produktionswertes nur einen verschwindend geringen Teil erhält. Ist es ein Wunder, wenn durch die ungläublichen Anforderungen an die Leistung die Erbitterung im Kumpel oft derrauchen steigt, daß er zum Badenstiel greift, um sich Luft zu verschaffen?

Ziel und Zweck des Akkords ist nur die Produktionssteigerung. Die haben wir Gewerkschafter uns gegen eine Produktionssteigerung gewehrt; in der Anwendung der Mittel ist jedoch unser Standpunkt von dem des Unternehmers sehr verschieden. Erfahrungsgemäß ist der Akkord wohl geeignet, die Produktion zu steigern, doch soll der Akkord keinen Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft treiben. Auch darf der Profit nicht nur in die Taschen der Unternehmer fließen. Solange dieses Bewußtsein im Arbeiter lebt, wird er stets den Akkord hassen. Eine Höchstleistung soll dem Arbeiter auch einen sichtbaren Anteil am Gewinn gewähren. Hiermit kämen wir zur Frage der Anteilwirtschaft oder Sozialisierung. Welche von diesen Wirtschaftssystemen am besten geeignet ist, die Arbeitsfreude zu erhöhen, kann keinem Zweifel unterliegen. Einen keinen Anfang der Anteilwirtschaft haben wir in dem Prämienystem, welches hauptsächlich auf den mitteldeutschen Braunkohlengruben sehr stark verbreitet ist. Obwohl der Arbeiter auf die paar Mark Prämie angewiesen ist, so strebt die Stimmung der Bergleute doch dahin, daß sie lieber einen tariflich geregelten und auskömmlichen Lohn haben wollen, als von den Unternehmern für ihre Leistung prämiert zu werden. Des weiteren ist eine Anteilwirtschaft noch keine Bedarfswirtschaft, und die Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse nach Bedarf kann erst dann durchgeführt werden, wenn das Privateigentum aufgehoben ist.

Der gewerkschaftlich disziplinierte Arbeiter lehnt im Prinzip jeglichen Zwang in der Arbeit ab. Die Menschen sind geistig und körperlich verschieden, daher können sie auch nicht alle gleiche Leistungen in der Arbeit vollbringen. Wenn aber in der heutigen Wirtschaftsordnung zur Hebung der Produktion im Akkord gearbeitet werden soll, dann ist zu verlangen, daß dem Maximum an Leistung auch eine Beschränkung auferlegt wird. Auch müßten die Prämientakten der Aufsichtsräte verschwinden und der Profit seinen Weg wieder zu seinem Schöpfer, dem Arbeiter, zurückfinden. Dieses zu erreichen, bedarf es aber einer starken Organisation, welche einen unerbittlichen Kampf gegen die heutige Wirtschaftsordnung führt.

G. Schu.

## Die Bergarbeiterrevolte von 1889 im niederschlesischen Revier.

Der gewaltige Bergarbeiterstreik, der Mitte Mai 1889 im Ruhrrevier zum Ausbruch kam, übte seine Rückwirkung auch auf die Bergarbeiter des niederschlesischen und obereschlesischen Reviers aus. Das war nur zu natürlich, denn die Lohn- und Arbeitsverhältnisse waren damals und sind auch heute noch in Schiefen wesentlich schlechter als im Ruhrgebiet. Die Verelendung der Bergleute in Niederschlesien war eine derartige, daß sie in ihrem dumpfen Drange, sich an ihren Peinigern zu rächen, auf die Nachrichten von der Arbeitsniederlegung im Ruhrgebiet spontan die Gruben verließen. Wie weit die Verelendung der Bergleute fortgeschritten war, erweist man, wenn man sich die damaligen Schichtlöhne vergegenwärtigt. Die Löhne betrugen 1,80 bis 2 M., in einigen Fällen bis 2,40 M. für den Bauer und 1,30 bis 1,60 M. für den Schleppler. Dazu kam noch die zwölfstündige Arbeitszeit und die überaus menschenunwürdige Behandlung der Bergleute durch die Beamten. Zunächst traten die Belegschaften der Müchhills-Grube und der Friedenshoffnung-Grube in Nieder-Sernsdorf in den Streik. Ihnen folgten die Gottesberger, die Altschäffer und schließlich die Belegschaften aller übrigen Gruben des Reviers mit Ausnahme der Eschgrube in Reußenborn. Auch die Fürstlich-Bieschauer Bergleute hatten sich der Streikbewegung angeschlossen. Die Streikenden stellten folgende Forderungen auf:

1. Einen Lohnsatz nicht unter 3 M. für die Bauer, nicht unter 2,50 M. für die Bahnriest, mit stärkeren Fördererente und 2 M. für die übrigen Schleppler.
2. Eine zwölfstündige Schichtzeit, Samstagabends achtstündig, einschließlich Ein- und Ausfahrt. Sonntagsfahrten sollen nur in besonders dringenden Fällen verfahren werden.
3. Freies Holzschneiden und Lieferung des Holzes bis zum Brennberge des betreffenden Fördererorts.
4. Befreiung der Disziplinarstrafen bis zum Höchstmaß von 50 Pf.
5. Lieferung der Deputatlohn von Kohle I.
6. humane Behandlung der Arbeiter durch die Vorgesetzten.
7. Neue Organisation des Komitees, welches von den betreffenden Abteilungen gewählt worden ist.
8. Anerkennung des dem Arbeiter gesetzlich zustehenden Koalitionsrechts.

daß er bemüßlos liegen blieb. Der Bergverwalter Fischer wurde in einen Zimmerschuppen gemorjen und einige Steiger erhielten Schläge auf den Kopf. Der Maschinenmeister Geißler wurde ebenfalls gemißhandelt; auch ein Gendarm wurde von den Streikenden angegriffen.

Kurz vor 10 Uhr abends rückten drei Kompagnien Zehner aus Freiburg in Sernsdorf ein und gingen an, den Platz zu säubern. Ein Teil der Zehner marschierte in der Nacht durch Waldenburg nach Dittersbach zum Schute der Weidjörgruube. Mittwoch nachmittag langte ein Bataillon Her aus Schweidnitz an. Demselben folgte nachts ein Bataillon Her aus Glatz und ein Bataillon 10er aus Breslau. Hierzu kam noch eine Eskadron von Breslauer Kürassiere. Gottesberger und Rothenbach erhielten vierhundert Jäger. Am Donnerstag vormittag rückte in Waldenburg noch eine zweite Eskadron Kürassiere ein. Die beschriebenen Truppengattungen marschierten nach den umliegenden Ortschaften ab, um die Gruben zu besetzen.

An Militär zur Unterdrückung der Unruhen hat es also nicht gefehlt. Schreiber dieses hat als Schlußnote den Abmarsch der 10er aus Freiburg nach Waldenburg mitgemacht. Der Kommandeur, ein Hauptmann v. Megidi, magte es angeichts der Freiburger Arbeiterbevoölkerung nicht, den Truppen auf dem Kasernenhofe von dem Zweck ihres Abmarsches nach Nieder-Sernsdorf und der ihnen bevorstehenden Aufgabe Mitteilung zu machen. Das geschah erst einige Kilometer hinter der Stadt, wo der Hauptmann eine Art Vereidigung der Truppen vornahm.

Nach dem Einmarsch des Militärs ereignete sich nichts mehr, was zum Einschreiten hätte Anlaß geben können. Der Waldenburger Landrat erließ eine Bekanntmachung, in der er auf den Landfriedensbruch-Paragrafen und den Luftschutzparagrafen aufmerksam machte. Der Vorstand der Müchhills-Grube erließ einen Aufruf, in dem eine Erhöhung sämtlicher Gebingefätze und Schichtlöhne um 10 Prozent angekündigt wurde für diejenigen Bergleute, die sofort die Arbeit wieder regelmäßig aufnehmen würden. Die Streikenden bestanden jedoch darauf, erst dann wieder einzufahren, wenn die Forderungen von sämtlichen Gruben bewilligt würden.

Am 14. Mai 1889 waren bekanntlich die Ruhrbergleute Bunte, Schröder und Siegel als Deputation der Streikenden von Wilhelm II. empfangen worden. Als Schröder dem Kaiser die Forderungen der Ruhrbergleute vorgelegt hatte, wobei er besonderen Wert auf die „von den Vätern ererbte“ Akkord-

# Zur Ehre des toten Führers.

## Dankagung!

Aus Anlaß des Todes unseres Kollegen und Mitarbeiters

### August Balte

sind uns viele Beweise aufrichtiger Teilnahme zugegangen. Wir sprechen allen hiermit unseren herzlichsten Dank aus.

Bochum, den 28. Mai 1929.

Der Vorstand des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands.

Aus der großen Reihe der Teilnahme-Schreiben seien hier nur einige wenige wiedergegeben:

Ich nehme an dem schweren Verlust, den der Verband der Bergbauindustriearbeiter durch das Ableben seines Vorstandsmitgliedes, des Herrn August Balte, betroffen hat, aufrichtig Anteil. Die Persönlichkeit des Verstorbenen wird auch in meinem Andenken fortleben.

Berlin, den 21. Mai 1929.

Der Reichsarbeitsminister. Biffel.

Mit großem Bedauern habe ich Ihre Mitteilung von dem so frühzeitigen und unerwarteten Tode Ihres Vorstandssekretärs Herrn August Balte empfangen. Ich spreche Ihnen zu diesem schweren Verluste, zugleich im Namen der Mitglieder der Landwirtschaftlich-technischen Kalistelle, meine herzlichste Teilnahme aus. Herr Balte hat der Landwirtschaftlich-technischen Kalistelle seit ihrem Bestehen als Vertreter der Arbeitnehmer angehört und in dieser Eigenschaft an ihrer vorwiegend auf landwirtschaftlichem Gebiete liegenden Arbeit stets mit größtem Interesse und regem Verständnis teilgenommen. Auch wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin, den 24. Mai 1929.

Der Vorsitzende der Landwirtschaftlich-technischen Kalistelle. J. B.: (Unterschrift).

Dem Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands spreche ich zu dem schweren Verlust, der ihn durch das unerwartete Hinscheiden des Herrn Balte getroffen hat, mein herzlichstes Beileid aus. Die vornehme Art, mit der er die Interessen seiner Auftraggeber auch in schwierigen Verhandlungen vertrot, hat ihm die Hochachtung aller erworben, die mit ihm in amtliche Berührung kamen.

Hannover, den 23. Mai 1929.

Regierungsrat Gärtner,

früher Richter für den Schlüterbezirk Niedersachsen.

Die Nachricht von dem plötzlich und unerwartet erfolgten Hinscheiden des Vorstandssekretärs Balte hat mich tief gerührt. Ich spreche dem Vorstand zu dem schweren Verluste meine aufrichtige Teilnahme aus. Der Verstorbene war mir stets ein lieber Freund und wird mir unversehrt bleiben.

In herzlichster Mittrauer sehr ergebenst

Bergemann, Regierungspräsident.

Düsseldorf, den 24. Mai 1929.

Werte Kollegen! Zu dem schweren Verlust, den Sie durch das plötzliche Hinscheiden Ihres Vorstandssekretärs, des Kollegen August Balte, erlitten haben, sprechen wir Ihnen unsere herzlichste Teilnahme aus. Wir vermögen diesen Verlust um so mehr zu würdigen, als uns durch das langjährige enge Zusammenarbeiten von Vertretern unseres Bundes mit Ihnen reichlich Gelegenheit geboten war, die von hoher Sachkenntnis getragene hingebungsvolle Arbeit des Kollegen Balte für die deutschen Berg-

Industrie legte, versprach der Kaiser, die Beschwerden von den Behörden prüfen zu lassen. „Sollten aber“, so sagte er weiter, „Ausführungen gegen die öffentliche Ruhe vorkommen und sollte sich der Zusammenhang der Bewegung mit sozialdemokratischen Kreisen herausstellen, so würde ich nicht imstande sein, Eure Wünsche mit meinem königlichen Wohlwollen zu erwägen, denn für mich ist jeder Sozialdemokrat ein Reichs- und Vaterlandsfeind.“

Nachdem der Kaiser so das Stichwort ausgegeben hatte, fehlte es daher auch in Waldenburg nicht an Stimmen, die die Streikbewegung mit der Sozialdemokratie in Verbindung zu bringen versuchten. Das war jedoch durchaus nicht der Fall. Die Bergleute waren alles andere, nur keine Sozialdemokraten. Der Streik war lediglich ein spontaner Protest gegen die Hungerlöhne, die lange Arbeitszeit und die unmenschliche Behandlung. Die Gewerkschaften hatten ihre Ursache in dem jahrelang aufgeschobenen Groß und Unwillen der Bergleute gegen ihre Feinde. In ihrer Unkenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge hielten die Bergleute sich naturgemäß zunächst an die Beamten, weil sie diese für die Hauptschuldigen hielten. Zweifellos trugen viele Beamte durch ihre Mißachtung der Menschenwürde der Bergleute — Fußtritte nach unten, Niederbeugung nach oben — einen Teil der Schuld an den Ausbreitungen. Das wird auch in der Zuschrift eines Streikenden bestätigt, die im „Waldenburger Wochenblatt“ vom 22. Mai 1889 zu lesen ist. Der Streikende wendet sich zunächst gegen die „offenbare Verächtlichmachung und absichtliche Verleumdung, daß die Arbeitseinstellung eine Folge sozialdemokratischer Wühlereien und der Verbindung mit Sozialdemokraten ist“, und fährt dann fort:

„Die Erfahrung hat uns längst gelehrt, daß jeder Arbeiter in unserem Kreise, der Verbesserung seiner Lage wünscht, sogleich als Sozialdemokrat verhöhnt und gebrandmarkt wird. Die bisherigen Lohnverhältnisse, die unbeachteten Wünsche der Arbeiter und die oft unwürdige Behandlung derselben allein vermögen es, sozialdemokratische Ideen zu erzeugen. Da braucht es keiner Einwirkung von sozialdemokratischen Führern. Mit solchen stehen die Arbeiter in keiner Verbindung und weisen daher jede diesbezügliche Verächtlichmachung zurück.“

In weiteren wendet sich der Streikende gegen den Vorwurf, daß der Streik schon lange geplant gewesen sei. Wenn die Bergleute einen Plan aufgestellt und ein einmütiges Vorgehen beschließen hätten, dann würde sicher bei Ausbruch des Streiks ein Komitee vorhanden gewesen sein, welches die Fäden in der Hand

arbeiten selbst zu beobachten. Dem viel zu früh aus seinem Wirken herausgerissenen Kameraden werden auch wir und die im Bergbau tätigen Mitglieder unseres Bundes ein ehrendes Andenken bewahren. Wir haben unser Mitglied baldmöglichst gebeten, uns bei der Trauerfeier für den Kollegen Balte und bei der Beerdigung zu vertreten.

Berlin, den 23. Mai 1929.

Bund der technischen Angestellten und Beamten.

Auch wir sind überrascht von dem plötzlichen Ableben Ihres Vorstandssekretärs, des Herrn August Balte. Mit ihm ist ein Mann geschieden, der zweifellos für die ihm anvertrauten Interessen ein großes Maß erfolgreicher Arbeit geleistet hat. Empfangen Sie zu dem Verluste, den Sie durch seinen Tod erfahren haben, den Ausdruck unseres Beileids und unserer Anteilnahme. Wir werden ihm gleichfalls ein ehrendes Andenken bewahren.

Berlin, den 23. Mai 1929.

Deutsches Kalihyndikat. Marau. Gärtner.

An der Trauerfeier in Bochum wird unser Vorstandsmitglied, Herr Direktor Gärtner, teilnehmen.

Mit aufrichtigem Bedauern habe ich die Mitteilung von dem Ableben Ihres Vorstandssekretärs, des Mitgliedes des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats, Herrn August Balte, erhalten. Ich beehre mich, zugleich im Namen des Reichswirtschaftsrats, der in dem Entschlafenen ein hochgeschätztes Mitglied verliert, mein herzlichstes Beileid auszusprechen.

Berlin, den 23. Mai 1929.

Der Vorsitzende des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats.

Mit tiefem Bedauern habe ich die Anzeige von dem Ableben Ihres Vorstandssekretärs Herrn August Balte gelesen. Als Mitglied des Reichskalivrats hat Herr Balte stets großes Interesse für die Arbeiten der Kaliprüfungsstelle und Kalilohnprüfungsstelle erster Instanz gezeigt und sich dadurch eine bleibende Erinnerung bei diesen Stellen geschaffen. Dem Verband spreche ich zu dem schweren Verluste, den er durch das Dahinscheiden eines verdienstvollen Führers erlitten hat, im Namen des Herrn Vorsitzenden, der sich zurzeit auf einer Reise im Ausland befindet, sowie der Beisitzer und Beamten der Kaliprüfungsstelle und Kalilohnprüfungsstelle erster Instanz mein herzlichstes Beileid aus.

Berlin, den 24. Mai 1929.

Die Kaliprüfungsstelle. Maenide.

Werte Kollegen! Wir erhalten eben die Mitteilung von dem Hinscheiden Ihres lieben Mitarbeiters, des Kollegen Aug. Balte. Ein großer Teil seines Lebens gehörte der Arbeit für Ihren Verband. Er hat sich deshalb auch um die weitere Entwicklung Ihres Verbandes große Verdienste erworben, die auch alle die Verbände anerkennen, die die Arbeit Ihres Verbandes verfolgt haben. Wir möchten deshalb auch zu denjenigen gehören, die Ihrem Verbande anlässlich des Hinscheidens des Kollegen Balte herzlichstes Beileid ausdrücken.

Düsseldorf, den 24. Mai 1929.

Deutscher Bergarbeiterverband. Bachmann.

Werte Kameraden! Die Nachricht von dem Ableben des Kameraden August Balte hat uns tief erschüttert. Schon während seiner Wirksamkeit im mitteldeutschen Kalibergbau hatten wir Gelegenheit, in enge Berührung mit ihm zu kommen. Sein vorzügliches Wirken für die freie Gewerkschaftsbewegung hat schon damals bei uns hohe Wertschätzung für ihn ausgelöst, die noch vertieft wurde in der Zeit, in der er Eurem Verbandsvorstand angehörte, und die ihn vielfach in enge Beziehungen zu uns gebracht hat. Wir ermaßen voll und ganz den großen Verlust, den Eure Organisation wie die gesamte gewerkschaftliche Bergarbeiterbewegung durch das Hinscheiden dieses bewährten Kameraden er-

leidet. Ein solches habe aber nicht bestanden, selbst über die Forderungen sei man sich in den ersten Tagen nicht einig gewesen. Der Zustand sei plötzlich, planlos und unorganisiert ausgebrochen. Der Umstand, daß die älteren Arbeiter nicht einschritten, als die jüngeren die Ausbreitungen verübten, erkläre sich daraus, daß selbst die besonnenen und ruhigen Arbeiter die Arbeitseinstellung bewussten, um einmal ihre längst gehegten Wünsche mit Nachdruck als Forderung zu stellen. „In den Stunden der allgemeinen Unzufriedenheit sei eben ein brennender Funke gefallen, der die jugendlichen Geister zu fanatischer Wut entflammte, so daß sie, gefangen im Wahne, nicht mehr wußten, was sie taten.“ Interessant ist auch, was der Einfender über die Stellung der damaligen Knappenvereine sagt. Es heißt da:

„Von mancher Seite werden die Knappenvereine als diejenigen bezeichnet, welche die ganze Bewegung angezettelt hätten. Dies ist eine Verleumdung. Die Knappenvereine können durch ihre Statuten nachweisen, daß sie andere und edlere Ziele verfolgten. Leider haben die Herren Grubenbeamten den freiwilligen Knappenvereinen, welche Belehrung, Fortbildung, Hebung der sittlich-moralischen Kraft der jugendlichen Arbeiter als ihre Aufgabe betrachteten, sehr viele Ungelegenheiten bereitet. Schon die Delegierten bei der Bewegung, welche das neue Knappheitsstatut zuwege brachte, wurden mit Entlassung aus der Arbeit gemahregelt. Die Vorstände der Knappenvereine haben von ihren Vorgesetzten leider sich schon manches anhören müssen. Sogar diejenigen Herren, welche seitens des Vereins angegangen worden sind, ihren Mitgliedern einen beschreibenden Vortrag zu halten, hat man in engeren Kreisen für diese Tat gemahregelt.“

Man ersieht aus diesen Tatsachen, daß die Knappenvereine den Grubenbaronen ein Dorn im Auge waren. Jede Vereinigung der Bergleute, und sei es auch nur zu geistlichen und belehrenden Zwecken, war ihnen von vornherein verächtlich. Diese systematische Unterbindung der Tätigkeit der Knappenvereine, belehrend und bildend auf die jüngeren Bergleute einzuwirken, hinderte freilich die Grubenbarone nicht, über die jugendlichen Tumultuanten in Nieder-Permsdorf ein heuchlerisches Geschrei anzustimmen.

Der Streik wurde beendet, nachdem man den Bergarbeitern allgemein eine Lohnzulage von 10 Prozent versprochen hatte. Auch die unter Punkt 2, 3 und 4 angeführten Forderungen wurden bewilligt. Auf den Fürstlichen Gruben erhielten die Dauer als Schichtlohn 2,65 M., die Lehrhauer 2,50 M., die starken Schlepper 2,10 M. und die anderen Schlepper je nach Leistung und Ansprü-

chen. Wir trauern mit Euch an der Bahre des Verstorbenen, und bitten Euch, der Familie des Entschlafenen den Ausdruck unserer herzlichsten Teilnahme zu übermitteln.

Essen, den 24. Mai 1929.

Deutscher Fördermaschinen-Verband.

Werte Kollegen! Tief ergriffen sind wir von dem plötzlichen und unerwarteten Hinscheiden Ihres Mitarbeiters, des Kollegen August Balte. Wir sprechen Ihnen unser herzlichstes Beileid zu dem schweren Verlust, der Sie betroffen hat, aus. Das Ableben des Kollegen Balte bedeutet nicht nur einen Verlust für Ihre Organisation, sondern für die gesamte Arbeitnehmerbewegung im Bergbau. Wir erinnern uns gern der äußerst kollegialen Mitarbeit des Verstorbenen für die gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer im Bergbau und in der Schnappschäft und werden dem viel zu früh Dahingegangenen stets ein ehrendes Andenken bewahren. — Unser Geschäftsführer in Bochum, Kollege Görsch, hat die Anwesenheit erhalten, uns bei der Trauerfeier zu vertreten. In aufrichtiger Teilnahme

Berlin, den 23. Mai 1929.

Zentralverband der Angestellten.

Zu dem leider viel zu früh erfolgten Ableben Eures Vorstandssekretärs Aug. Balte sprechen wir Euch hiermit unser herzlichstes Beileid aus. Der Verstorbene war auch uns, durch das Zusammenarbeiten in Industriegebieten, die auch die Interessen unseres Verbandes berühren, schon seit langem als ein energischer und sachverständiger Vertreter der Arbeiterinteressen bekannt. Wir werden sein Andenken immer in Ehren halten!

Stuttgart, den 24. Mai 1929.

Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiterverbandes.

## Eine interessante Bilanz.

Die kapitalmäßig größte deutsche Aktiengesellschaft, die J.G. Farbenindustrie A.-G., hat ihre Bilanz veröffentlicht. Es wird auf allen Produktionsgebieten über Fortschritte berichtet, und zwar vom inländischen wie vom ausländischen Geschäft. Die J.G. Farben ist von allen deutschen Großunternehmungen am meisten mit dem Ausland verbunden. Es wird berichtet, daß sich die Interessengemeinschaft mit der französischen und schweizerischen Farbenindustrie gut ausgewirkt habe. Eine gute Entwicklung wird auch von den neu errichteten großen ausländischen Holdinggesellschaften, der J.G. Chemie, Basel, und der American J.G. Chemical Corporation in Aussicht gestellt. Der deutsche Chemietrust beschäftigte Ende 1928 114 185 Arbeiter und Angestellte. In sämtlichen von der J.G. Farben kontrollierten deutschen Werken werden insgesamt 154 596 Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Die Anlagewerte werden insgesamt mit rund 452 Millionen Mark beziffert. Das Beteiligungskonto beträgt 306 Mill. M. Auf das dividendenberechtigende Kapital von rund 800 Mill. M. wird eine Dividende von 12 Prozent verteilt. Der Rohgewinn beträgt 257 und der Reingewinn 118 Mill. M. Es kommt eine Dividendensumme von 99 112 927 M. zur Verteilung. An Forderungen werden nicht weniger als 500 Mill. M. ausgewiesen. Der Reservefonds wurde auf 200 Mill. M. gebracht. Die Bilanzsumme beträgt 1 851 866 411 M. Die Gesellschaft verfügt über ein Guthaben von 251 Mill. M., denen Bankschulden in Höhe von 82 Mill. M. gegenüberstehen.

Der Abschluß des deutschen Chemietrusts ist für die Gesellschaft in allen Teilen zufriedenstellend. Die Arbeiter und Angestellten werden dies weniger von sich sagen können. Würde die ausgeschüttete Dividende auf die von der J.G. Farben beschäftigten Arbeiter und Angestellten verteilt, so würde jeder die Summe von 860 M. erhalten. Das macht pro Woche 16,50 M. aus. Die J.G. Farben in Deutschland hat 35 Direktoren und 39 Stellvertreter. Die Gehaltssummen, die diese 74 Herren erhalten, werden nicht niedrig sein. Als Aufsichtsratsmitglieder werden 32 Mill. M. verteilt. Was davon die 49 Aufsichtsratsmitglieder erhalten, wird nicht gesagt. Jedenfalls werden es ganz annehmbare Summen sein. Zum Aufsichtsrat der J.G. Farben zu gehören, gilt als eine besondere Ehre.

zeit 1,90 und 1,80 M. Als Abschlag erhielten die Dauer 10 M., die Lehrhauer 9 M. und die Schlepper 8 und 7 M. Aber man versuchte sehr bald, den Bergleuten die Zugeständnisse wieder zu entziehen, wie aus einem Bericht über eine Belegkassensammlung der Fürstlichen Gruben vom 9. Juli 1889 hervorgeht. Es heißt da:

„Bei der Beisprechung der Forderungen aus dem letzten Streik war man sich einig, an diesen festzuhalten und das bisher erlangte Wenige, das wieder zu entziehen man sich alle Mühe gibt, nur als eine Abschlagszahlung anzusehen. Und darauf wurde die Belegkassensammlung mit einem Gläubiger auf Se. Majestät den Kaiser und Se. Durchlaucht den Fürsten von Preußen geschlossen.“

Fürchtbar war jedoch der Abschluß der Schlepperrevolte. In drei Schourgerichtsverhandlungen in Schweidnitz am 22., 23. und 24. Juli 1889 hatten sich 93 Angeklagte, fast ausschließlich jugendliche Schlepper, wegen schweren und einfachen Landfriedensbruchs zu verantworten. Die Geschworenen, bestehend aus Fabrikanten, Rittergutsbesitzern, Gutspächtern und einigen Angehörigen der von den Grubenbaronen abhängigen Mittelschichten, verhängten über die Angeklagten insgesamt 73 Jahre Zuchthaus, 41 Jahre Ehrverlust und 98 Jahre und 8 Monate Gefängnis. Nur elf jugendliche unter 16 Jahren wurden freigesprochen. Alle Verurteilten haben ihre Strafe bis zur letzten Stunde abbüßen müssen. Viele der damals Bestraften weilen heute noch unter den Lebenden. Sie sind meist tüchtige Kämpfer für den Sozialismus geworden.

Wenn auch die Bewegung vor 40 Jahren den niederländischen Bergarbeitern keine wesentlichen und dauernden Vorteile gebracht hat, so hat sie doch das eine Gute gezeitigt, daß die Bergarbeiter den Wert der Organisation schätzen lernten. Sie sahen ein, daß sie ohne organisatorischen Zusammenschluß auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung ein Spielball in den Händen des Unternehmertums sind. Als im August 1889 der Bergarbeiterverband gegründet wurde, schlossen sich sofort Tausende von Bergleuten in Nieder-Schlesien der Organisation an und schufen sich dadurch einen Rückhalt für die weiteren Kämpfe mit dem Unternehmertum. Alle Anstrengungen der Grubenbarone, der Terror gegen die organisierten Bergleute und die Schaffung von sogenannten reichstreuen Streikbrecherorganisationen haben nicht vermocht, die den Grubenbaronen verhasste Bergarbeiterorganisation zu beseitigen. Und heute ist der Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands auch in Nieder-Schlesien ein Faktor, mit denen die Grubenunternehmer rechnen müssen!

# Haus und Leben

## Pflege des Neugeborenen.

Zweckmäßige und richtige Pflege ist gerade beim Säugling in den ersten Lebenswochen von allergrößter Bedeutung. War doch das Kind in den neun Monaten der Schwangerschaft im Mutterleib durch Fruchtwasser und Eihüllen vor allen Schädlichkeiten der Außenwelt geschützt und vom mütterlichen Blut mit allen zum Aufbau und Wachstum nötigen Nährstoffen versorgt. Wäh- lich wird es durch die Geburt aus dieser schützenden Umgebung herausgerissen und muß sich mit seiner Umwelt abfinden, die ihm so manche Gefahren bringt, bis sich seine Organe — vor allen Dingen der Magen und Darm, die Lungen und die Haut — auf die Besonderheiten des Lebens eingestellt haben, denen gegenüber das größere Kind und der Erwachsene durch Gewöhnung eine stärkere Widerstandsfähigkeit erworben haben.

Aufgabe der Pflege des Neugeborenen ist es also, es nach Möglichkeit vor Schädigungen zu bewahren. Der größte Feind des jungen Kindes ist der Schmutz mit den in ihm enthaltenen Krankheitskeimen, und deswegen ist das erste Erfordernis in der Pflege des Säuglings peinlichste Sauberkeit. Diese Sauberkeit hat sich zu erstrecken auf die Pflegenden, auf die Um- wendung des Säuglings und auf den Säugling selbst. Die gefähr- lichsten Brutstätten für Krankheitserreger sind die Hände. Die Nügel sind kurz und peinlich sauber zu halten. Vor jeder Be- rührung des Kindes ist gründliche Reinigung der Hände not- wendig. Ein waschbarer, möglichst weißer Mantel oder eine Vermeidung des Kindes ist die Kleidung der Mutter und ebenso das Kind vor Keimen, die der Kleidung anhaften.

### Das Trockenlegen.

Um das Kind sauber zu halten, ist es weiterhin notwendig, es regelmäßig trockenlegen und zu pudern. Man lege das Kind so oft trocken, als es naß ist. Dabei muß man wissen, daß der Säugling im allgemeinen doppelt so oft Harn läßt, als er Mahl- zeiten bekommt, und durchschnittlich ein- bis dreimal Stuhl ent- leert. Die Harnentleerung erfolgt im allgemeinen nur während des Wachstums, oft kurz nach dem Trinken vor dem Einschlafen, seltener während der Nacht. Das Trockenlegen geschieht besser vor als nach dem Trinken, da manche Kinder nach den Mahl- zeiten bei härterer Bewegung erbrechen. Aus dem Schlaf soll ein Kind nur zum Trockenlegen geweckt werden, wenn es wurd ist.

Zum Reinigen der Haut nimmt man Watte oder ein weiches, reines Tuch. Die Reinigung erfolgt nie vom After nach vorn, da sonst Blasenentzündungen entstehen können. Man wäscht mit warmem Wasser, bei empfindlicher Haut mit etwas Öl, und entfernt peinlichst alle Wundreste. Nach dem Abtrocknen wird die Haut mit einem reinlichen Puder, am besten Zinkpuder und Talkum oder einem gebräuchlichen Kinderpuder ganz dünn ein- gepudert. Dazu benutzt man zweckmäßigerweise eine Dose mit durchlöcherter Deckel. Zu vermeiden sind beim Pudern Mehl, wie Kartoffelmehl, da sie sich auf der Haut leicht zersetzen.

### Die Kleidung.

Die Kleidung des jungen Kindes sei warm und möglichst locker. Sie soll den Körper vor unnötiger Wärmeabgabe schützen, ohne ihn zu beengen und in seiner Bewegungsfreiheit zu behindern. Zu warmes Einpacken des Kindes ist mindestens so schädlich wie zu geringe Bedeckung, da die durch Schweiß feuchte Haut sich rasch abtrocknet und auf diese Weise leicht Erkältungen entstehen können.

Zur Kleidung des Säuglings gehört zunächst die der Haut anliegende Windel, am besten aus Woll, die so glatt wie den Körper herumgelegt werden soll, daß sie nirgends reibt und drückt. Die Größe der Windel soll etwa 75 cm im Quadrat betragen.

Sie wird zum Gebrauch dreieckig gefaltet, eine darüber liegende kleinere, etwa 50 cm groß, soll von einem wasseranziehenden Stoff, z. B. Molton, sein. Ueber diese Moltonunterlage kommt eine wasserdichte Unterlage, die aber das Kind nur zur Hälfte umgeben darf, damit sie nicht die Verdunstung der Feuchtigkeit von der Haut verhindert. Als äußerste Hülle kommt ein Widel- tuch aus waschbarem, festem Stoff, das oben bis zum unteren Brustband reicht und die Füße reichlich bedeckt.

Die übrigen Teile der Erfindungskleidung sind: Hemdchen und Fädschen, von denen das eine vorn, das andere hinten geschlossen ist. Das Hemdchen soll am besten aus einem porösen, baum- wollenen Stoff bestehen, das Fädschen ist zweckmäßigerweise ge- strickt zu wählen. Stets ist auch für das Neugeborene ein Sted- bett oder Stedtkissen von Lebel, weil es erstens die Kleider des Kindes unnötig einzwängt und weil es weiterhin durch Be- schmutzung und Durchnässung zu einer Brutstätte von Krankheits- erregern wird.

### Das Bett.

Als Bett empfiehlt sich für das Neugeborene am ehesten ein Korb, zweckmäßig ein ganz einfacher Wäschekorb, den man innen mit hellem, waschbarem Stoff ausschlägt. In ihn kommt als Unterlage an Stelle der Matratze eine dicke, mehrfach zusammen- gelegte Decke oder ein Ueberzug mit Füllung aus Holzwole, die leicht zu reinigen ist. Die Bettunterlagen sind durch Ueberziehen mit wasserdichtem Stoff vor Durchnässung zu schützen. Kopfkissen sind für junge Kinder nicht nötig. Ebenso sind Federbetten zum Zubeden nur für die ersten Lebensstage notwendig, bis sich das Kind an die normale Zimmertemperatur gewöhnt hat. Später- hin ist eine Wolldecke als Bedeckung zweckmäßiger.

### Das Zimmer.

Die Zimmertemperatur soll für das Neugeborene etwa 20 bis 22 Grad Celsius betragen; nach den ersten 14 Tagen genügt eine Zimmertemperatur von 19 Grad Celsius, die nachts bis auf 15 Grad herabgehen kann. Um die Widerstandsfähigkeit des Kindes gegen Krankheiten zu erhöhen, ist für mehrmalige, gründliche Lüftung des Zimmers zu sorgen. Auch ist es notwendig, das Kind ins Freie zu bringen, wobei man mit kurzen Zeiten beginnt; im Sommer kann mit dem Ausfahren im Alter von 10 bis 14 Tagen, im Winter je nach der Witterung im Alter von drei bis vier Wochen begonnen werden. Bei rauhem Wetter empfiehlt es sich, das Kind zunächst durch Luftenthalt am offenen Fenster an die kühlere Außentemperatur zu gewöhnen.

### Die Ernährung.

Neben der sachgemäßen Pflege ist für die Gesunderhaltung des Neugeborenen und jungen Säuglings die Ernährung von ausschlaggebender Bedeutung. Die zweckmäßigste Nahrung für das junge Kind ist und bleibt natürlich die Milch der eigenen Mutter. Gerade in den ersten Lebenswochen kann fast jede Mutter bei genügendem Stillwillen ihr Kind selbst nähren. Der Ge- bende, daß sie damit ihrem Kind zugleich die sicherste Grundlage für spätere Gesundheit legt, muß den Stillwillen jeder Mutter bis zum äußersten anspannen. Allerdings ergeben sich in den ersten Lebensstagen oft gewisse Schwierigkeiten, die zum Teil auf einer Ungeschicklichkeit der Kinder beruhen, zum Teil auch auf technischen Fehlern, die die Mutter beim Anlegen macht. Doch

werden auch diese Schwierigkeiten bei gutem Willen leicht über- wunden werden können. Das Kind soll nach den ersten 12 bis 24 Stunden, die es meist nach dem Geburtsakt ruhig schläft und die auch die Mutter zur Ruhe braucht, zum erstenmal angelegt werden und soll dann in Pausen von drei bis vier Stunden fünfmal am Tage mit einer achtstündigen Nachtpause regelmäßig genährt werden. Dabei muß die Mutter wissen, daß in vielen Fällen die Milchabsonderung erst am dritten und vierten Tage reichlicher einsetzt, so daß man also nicht zu früh an der Möglic- keit der Ernährung an der eigenen Brust zweifeln soll. In diesen ersten Tagen genügen kleine Mengen von Zuckermilch, Tee oder dünnem Schleim, mit dem Pössel gegeben, um den Durst und Wasserbedarf des Kindes zu decken. Vor dem Anlegen soll die Mutter die Hände reinigen und die Brust mit sauberem Wasser abwaschen. Die Trinkzeit soll im allgemeinen 20 bis 30 Minuten betragen. Nur in seltenen Fällen ist eine längere Zeit notwendig.

Wenn es nicht gelingt, das junge Kind an der Brust zu er- nähren, soll auf Rat des Arztes die Flasche gegeben werden. Da- bei ist es notwendig, daß auch weiterhin soviel Brustmilch dem Kinde gegeben wird, wie irgend vorhanden ist, und nur soviel künstliche Nahrung nachgefüllt wird, wie das Kind zum Ge- deihen braucht. Keine Flaschenernährung ohne Unterstützung der Brust ist für das junge Kind gefährlich, weil durch die — nicht dem Säugling angepaßte — künstliche Nahrung und die in ihr häufig enthaltenen Keime leicht Durchfälle und schlechtes Gedeihen entstehen. Zu fordern ist jedenfalls für die künstliche Ernährung eine sauber gewonnene Milch. Diese Milch muß im Haushalt in einem nur für diesen Zweck verwendeten Gefäß sofort nach Lieferung eine Minute gekocht und danach unter fließendem Wasser rasch gekühlt werden, damit etwa vorhandene Keime abgetötet werden, ohne wertvolle Stoffe in der Milch zu zerstören.

Die Milch wird in den ersten Lebenswochen mit gleichen Teilen Wasser oder dünnem Kaffersäuremilch vermischt, wobei auf 100 Gramm Halbmilch 6 Gramm Rohrzucker zugesetzt werden. Die Zuckermenge soll am besten auf einer kleinen Briefwaage, die für wenig Geld beschafft werden kann, abgemessen werden, weil durch ungenaue Bemessung des Zuckers (Abmessen mit dem Teelöffel) leicht Störungen (Nichtgedeihen oder Durchfall) ein- treten können.

Die Nahrungsmenge bei der künstlichen Ernährung steigt in den ersten 14 Tagen von etwa fünfmal 20 Gramm im zweiten Tage bis auf fünfmal 110 bis 120 Gramm am Ende der zweiten Woche. Menge und Art der künstlichen Ernährung müssen im Einzelfalle aber unbedingt vom Arzt bestimmt werden.

Es ist wichtig, nochmals darauf hinzuweisen, daß gerade bei der künstlichen Ernährung peinlichste Sauberkeit herrschen muß. Die Flaschen sind nach dem Gebrauch sofort zu spülen und mit heißer Sodalösung und einer Flaschenbürste zu reinigen und werden dann nach wiederholter Spülung mit klarem Wasser um- gegeben zum Trocknen aufgestellt. Die Sauger werden nach dem Trinken gleichfalls ausgewaschen, zweckmäßigerweise innen und außen mit Salz ausgerieben. Es empfiehlt sich, den Sauger einmal täglich mit heißem Wasser zu überbrühen bzw. zu kochen. Das Loch im Sauger wird mit einer feinen Nähnaedel (Größe 7), die glühend gemacht wird, eingebrannt und ist in seiner Größe so zu wählen, daß die Nahrung nicht zu leicht hinausläuft, damit ein Verschlucken des Kindes vermieden wird.

Wir haben hier in kurzem einige wichtige Regeln für die Pflege des Neugeborenen und jungen Säuglings gegeben und sind gewiß, daß die genaue Beachtung dieser Vorschriften das Kind gesund und ohne krankhafte Störungen über die gefahr- lichen ersten Lebenswochen hinwegbringen wird.

Prof. Dr. med. Leo Langstein  
in Mütter, Kinder und Gesundheitsw.

**23** Woche vom 2. Juni bis 8. Juni 1929  
Die Kameraden wollen im Interesse des Verbandes um pünktliche Zahlung des fälligen Beitrags besorgt sein

## Zu hohe Sterblichkeit der Neugeborenen.

Still-Propaganda. — Senkung der Säuglingssterblichkeit. — Fortschritte der Kinderheilkunde. — Trostwort: Zu hohe Sterblichkeit der Neugeborenen.

Mit durchschlagendem Erfolg haben die Maßnahmen der Säuglingsfürsorge in allen deutschen Bundesstaaten während der letzten beiden Jahrzehnte Bedeutendes erreicht: die bis dahin fast katastrophale Säuglingssterblichkeit ist ganz erheblich gesunken. Es war nicht zuletzt die allerorten einsetzende Stillpropa- ganda, die dem jungen, hilflosen Kinde sein erstes Menschen- recht sicherte auf dem Wege der natürlichen Ernährung durch die Mutterbrust. Damit wurde die Widerstandskraft gegen schädliche Umwelteinflüsse ganz beträchtlich erhöht, die in der Muttermilch enthaltenen Schutzstoffe boten gewisse Garantien auf Erhaltung des jungen Lebens. Waren es doch in erster Linie die Erkran- kungen der Verdauungsorgane, die zur Hauptbedürfnisse im Säuglingsalter führten. Mit der Zunahme der natürlichen Er- nährung ging Hand in Hand eine Verbesserung der künstlichen Ernährung, und so konnten Erkrankungen von Magen und Darm bei einigermaßen verständnisvoller Pflege vermieden werden.

Die weitere Senkung der Säuglingssterblich- keit trat ein durch Beseitigung der großen Pflegeebenen. Für- sorgekräften in großer Zahl und von besser Fachausbildung, ge- führt auf reiche Erfahrungen täglicher Anschauungsübungen, Tau- sende von Mütterberatungsstellen halfen die wissenschaftlichen Ergebnisse verbreiten und umwerten, so daß manches junge Leben vor Siedtum während der Entwicklungszeit und vor einem frühen Tode bewahrt blieb. Die Kinderheilkunde hat große Fort- schritte gemacht. Ursachen wurden ergründet und Wirkungen ungünstiger Einflüsse abgeklärt, so daß es gelang, die Ziffern der Säuglingssterblichkeit ganz orientlich herabzudrücken.

Dennoch sind alle sich dem Bewußtsein nicht befrie- digt. Es ist noch immer eine sehr hohe Sterblichkeit unter den Neugeborenen zu verzeichnen, die ihr Opfer fordert in den ersten drei Lebensstagen. Dazu kommt, daß die Kurve der Totgeburt in ziemlich gleicher Form verläuft wie die der Frühsterblichkeit. Diese bedrückende Tatsache hat sich zu einem Problem aus- gewachsen, zu dessen Lösung sich unlangst die berufsmäßigen Ver- treter der Wissenschaft: Gynäkologen, Kinderärzte, Kinder- und Geburtshelfer in Hamburg zusammenfanden, ohne daß es ihnen gelang wäre, die Ursachen der Frühsterblichkeit restlos zu klären. Es liegt nahe, die Kriegsnöte und die Nachkriegsnöte für die vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus schwer bedrückende Tatsache der hohen Frühsterblichkeit verantwortlich zu machen. Aber diese Annahme allein kann weder genügen noch befriedigen. Der Kreis beschränkt die Todesursache der in den ersten drei Tagen sterbenden Kinder als „Lebensschwäche“ und findet sich be- müht, sie zu erklären. Aber der Wissenschaftler muß fragen und for- schen: warum ist denn das Kind so lebensschwach — was liegt dem frühen Verlöschen zugrunde — wo liegen die Ursachen, die zu einer Mehrgeschädigung führen und die Ziffern der Totgeburt in die Höhe schnellen zu lassen?

Recht beachtlich waren die auf der Konferenz geäußerten Er- gebnisse, die von den verschiedenen Referenten auf Grund von Beobachtungen vorgebracht wurden. So glaubte Schloßmann (Düsseldorf), die Mehrgeschädigung der jungen Kinder auf zu- nehmende Erwerbstätigkeit der Frauen, man- gelhafte Geburtshilfe, mangelnde pflegerische Versorgung des neugeborenen Kindes zurückführen zu müssen.

Eine besondere Gefährdungsquelle führte Mo II (Wien) an: die Zunahme der älteren Erstgebärenden, die ihre Kinder häufig zu früh und mit erheblichem Untergewicht zur Welt brin- gen, wodurch eine naturgegebene Gefährdung und Beeinträchti- gung der Lebensmöglichkeit des neugeborenen Kindes eintritt. Nach seinen Erfahrungen, gemacht an größerem klinischen Ma- terial, ist es nicht nur schwere körperliche Arbeit bis kurz vor der Entbindung, die zu Früh- und Totgeburt führt. Auch die geistige Arbeiterin leidet neuerdings in erhöhtem Maße darunter, ihre Kinder als ältere Erstgebärende und als Früh- geburt zur Welt zu bringen. Mo II führt in diesem Falle der Schädigung die mit der geistigen Arbeit unweigerlich verbun- denen nervösen Störungen als Ursache für Frühgeburten und deren häufige Frühsterblichkeit an.

Weitere klinische Untersuchungen haben als Ursache der Früh- sterblichkeit in zahlreichen Fällen Verbildungen im mütterlichen Organismus und daraus entstehende Verletzungen des kindlichen Gehirns während der Geburt ergeben, denen Knaben infolge ihres größeren Kopfumfanges stärker ausgesetzt sind als Mädchen. Außer diesen Gehirnblutungen tragen Lungenentzündungen, Miß- bildungen u. a. zu den Ziffern der Frühsterblichkeit bei, während Lues, vorzeitiges Armen (Lustholen des Kindes noch vor dem Eintritt in die Welt) u. a. Totgeburt zur Folge haben.

Es bleibt in naher Zukunft Aufgabe der Wissenschaft, das ungeklärte Problem der Frühsterblichkeit in seinen Ursachen zu ergründen. Sie steht vor der Tatsache: Die Ziffer Säuglings- sterblichkeit hat sich gebessert, aber die Ziffer Sterblichkeit in den ersten drei Tagen und die Zahl der Totgeburt hat sich ver- schlechert. Beiden Erscheinungen liegen gleiche Ursachen zu- grunde: das Kind, die Lebenskraft erleidet teils vorgeburtlich, teils während des Geburtsaktes einen Schaden. Diesen Schaden gibt es zu beheben, soweit dies menschenmöglich liegt. Auch Men- schenkenntnis hat freilich ihre Grenzen.

Für den Sozialhygieniker erwachsen bis zur Klärung des Problems Aufgaben, denen er sich nicht entziehen darf, will er nicht den Vorwurf schwerster Verantwortungslosigkeit auf sich nehmen. Wie man es auch dreht und wendet: die Frau ist die Hauptlastträgerin des Kulturlebens! Wenn die Zeit ihrer Mutterschaft auch kein Krankheitszustand sein soll, so bleibt doch, an den verschiedenen Lebensstadien

gemessenen, ein Zustand der Gefährdung für sie und das zu er- wartende Kind.

Die Maßnahmen, die geeignet sind, die vermutlichen Schäden zu vermeiden, sind vorbeugender und helfender Art. An erster Stelle steht die Erweiterung der Schwangerenfür- sorge, die, von Hebammen und Fürsorgekräften tatkräftig in die Wege geleitet, einem sozial eingestellten Facharzt anvertraut werden muß. Hier lassen sich Schäden feststellen, Gefahren recht- zeitig erkennen — es sei an Mierenstörungen erinnert, die zur Ekampsie (Kinderkrampf) führen, an die durch Luftseuche Ge- fährdeten, wo durch Blutentnahme zur Wassermannschen Re- aktion mit Erfolg spätere Gefahren abgewendet werden können — es kann sachgemäße Geburtshilfe veranlaßt werden —, die Lei- tung einer Geburt ist ja eine feine Kunst und jetzt neben sorg- fältiger Ausbildung reiche Erfahrungen voraus. Den sozial- hygienischen Maßnahmen einer gut funktionierenden Schwan- gerenfürsorge, folgen die sozialfürsorglichen Pflegemaßnahmen: Schaffung von Erholungsmöglichkeiten für die wer- dende Mutter, Ernährungsbeihilfen, wo Mangel an kräftiger Nahrung besteht, Einfluggeldentmachung, wo die berufliche Be- tätigung auf den körperlichen Zustand während der Schwanger- schaft ungünstig einwirkt, Erleichterung der Quellen zur Ent- lastung von schwerer Hausarbeit, besonders von der Familien- wäsche, Unterweisung in rechtlichen Fragen, um den in der Zeit der Mutterschaft ohnehin bedrückten Gemütszustand zu entlasten, Bereitstellung von Niederbunknotwendigkeiten und -möglich- keiten, Bestellung von Hauspflegerinnen.

Besondere Aufmerksamkeit muß die Schwangerenfürsorge im Interesse der Gesunderhaltung der Mutter den Schädigungen durch die Abtreibungsberufe schenken. Die hohen Zif- fern der Todesfälle infolge Frühgeburten und damit verbundenen „Lebensschwäche“ lassen fast mit Sicherheit annehmen, daß Ein- griffe gewalttätiger Natur während der vorgeburtlichen Zeit vor- genommen, zum mindesten versucht worden sind. Unverkennbar drängt teils Verschärfung der wirtschaftlichen Not, teils aber auch mangelnder „Wille zum Kind“ zur Beseitigung des Zu- standes. Hier kann in vielen Fällen durch geeignete Maßnahmen und ein gutes Wort zur rechten Zeit mit dem Hinweis auf die gesundheitlichen Schäden wirksam vor übereilten Eingriffen ge- warnt und den Folgen begegnet werden, die viel einschneidender sind, als wenn ein neues Kind zur Welt kommt.

Eine Fülle von Aufgaben erwächst der Schwangerenfürsorge, so daß leicht die Frage auftauchen könnte, ob das alles nicht zu viel des Guten werden könnte. Dem stehen gegenüber die Zahlen der Fälle von Frühsterblichkeit und Totgeburten und der nach- drückliche Hinweis, daß die Frau als Mutter stets und immer die Hauptlastträgerin ist und als solche aller erdenklichen Entlastungen in ihres Lebens schwerster Zeit bedarf, einer Zeit, die nicht nur die Mutterverbundung umfaßt, sondern mit ihrer Gefährdung lange vor und lange nach derselben ihr Leben und ihre Gesundheit för- perlich und seelisch bedroht.

Schwester Lydia Riehlend.

# Ausstellung Gas und Wasser, Berlin 1929.

Zurzeit wird in Berlin eine Ausstellung für Gas und Wasser abgehalten, die einen interessanten Einblick in die Verwendungsmöglichkeiten dieser beiden Stoffe gibt. Ueber die Ursachen der Verknüpfung dieser beiden Stoffe auf einer Ausstellung schreibt der „Ausstellungsführer“:

Wenn zwei so heterogene (ungleichartige) Stoffe wie Gas und Wasser zu einer großen Ausstellung vereinigt werden, so liegt es nahe, nach dem Zusammenhang dieser Verknüpfung zu fragen. Diese liegt in der historischen Entwicklung der Gas- und

Wasser-Industrie mit Wärme, ohne deswegen ihre Position auf dem Gebiete der Beleuchtung aufzugeben, wenn auch auf letzterem die schärfste Konkurrenz der Elektrizität unbestreitbar geworden ist. Das Problem der Wärmeverföhrung ist nächst den Aufgaben der Gesundheitspflege das wichtigste, das in der Zeitgeist zu lösen ist. Das wirtschaftliche Wohl der Bevölkerung fordert Aufklärung darüber, welche Form der Kohlenwärme für den Verbraucher am vorteilhaftesten ist. Volkswirtschaftlich ist zu entscheiden, ob Einzelbetriebe, Gruppenbetriebe oder völlige Zentralisierung in der Gaserzeugung den besten Wirkungsgrad in der Ausnutzung der Kohle bietet. Hohe Werte des Volkvermögens stehen dabei auf dem Spiel. Die Gasindustrie will auf der Ausstellung zeigen, daß sie noch weiter entwicklungsfähig ist und dem Konsumenten noch nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannte Vorteile bieten kann.

Der Besucher der Ausstellung wird über den Werdegang der Gaserzeugung aus Steinkohle, Braunkohle, Koks und Dampf, Del usw. mit allen Hilfsanlagen und Maschinen, über die Reinigung und Aufspeicherung, endlich über die Gasverteilung in ihrer verschiedenen Form unterrichtet. Die Verwendung des Gases für den Hausgebrauch, insbesondere die Warmwasserbereitung, zum Kochen, Baden, Waschen, für gewerbliche und industrielle Zwecke jeder erdenklichen Art wird in anschaulicher und die wirtschaftliche Seite betonender Weise vorgeführt. Besonders breiter Raum ist den Nebenprodukten gewidmet. Auch den sozialen Aufgaben der Gasindustrie ist gebührende Aufmerksamkeit geschenkt.

Tritt bei Gas das wirtschaftliche Moment in den Vordergrund, so liegt bei Wasser der Schwerpunkt mehr in der Aufklärung, in der Belehrung: Wie wird das Wasser beschafft, das

kräftig in ihrer wirtschaftlichen Verwendung zu beeinflussen und deren Ergiebigkeit zu erhöhen. Daneben stehen die Bestrebungen, auf den Menschen selbst einzuwirken, ihn zum Staatsbürger und zum „Industriebürger“ zu machen. Was damit bezweckt sein soll, dürfte nicht schwer zu erkennen sein.

Die Gewerkschaften unterstützen die Bemühungen, die menschliche Arbeitskraft als Produktionsfaktor zu erschöpfen und ihre günstige Anwendung zu erreichen. Sie widerlegen sich aber allen Bestrebungen, die darauf hinausgehen, mit Hilfe raffinierter Arbeitsmethoden die Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft zu fördern. An oberster Stelle aller dieser Bestrebungen muß der Schutz der menschlichen Arbeitskraft stehen. Nur gesunde und zufriedene Menschen sind in der Lage, das Höchstmögliche an Arbeitsleistung zu vollbringen. Das höchste Gut der Wirtschaft ist der Mensch. Wenn man aber die persönliche Leistungsfähigkeit des arbeitenden Menschen zu erschöpfen sucht, dann sollte man in erster Linie die Bemühungen darauf lenken, das Riesengebiet der Unbeschäftigten in den Produktionsprozess einzuschalten. Was nutzen alle Psychotechnik und alle Forschungen zur wirtschaftlichen Menschensführung, wenn ein sehr großer Teil der zur Arbeit berufenen Menschen keine nützbringende Arbeit zu finden vermag! Das nächste Zeitalter wird ein solches der Menschewirtschaft sein müssen. Hieran mitzuarbeiten, ist eine dringende Pflicht der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre.

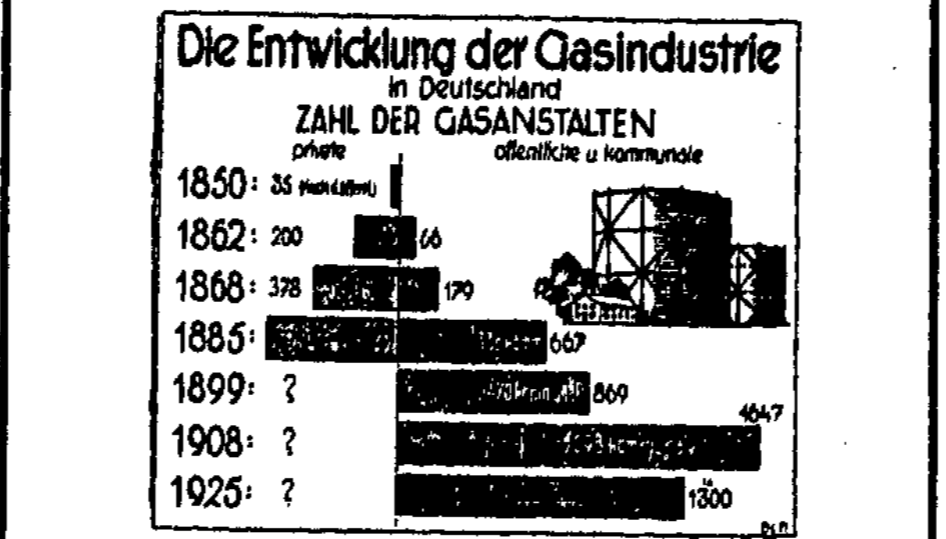


Während die Zahl der Betriebe in der deutschen Gasindustrie in den letzten Jahren abgenommen hat, ist die Menge des erzeugten Gases weiter gestiegen. Die Gasindustrie hat im Laufe der Zeit große technische Fortschritte durchgemacht. Anfangs diente sie ausschließlich der Beleuchtung, später kam hinzu die Verwendung des Gases zum Kochen und Heizen, für den Betrieb von Motoren usw.

Wasserversorgung in Deutschland. Gas und Wasser waren bis zum Auftreten der Elektrizität die technisch-wirtschaftlichen Betriebe der Kommunen. Gemisste technische Gemeinsamkeiten, wie die Fortleitung des Gases und des Wassers durch Rohrleitungen und die maschinelle Grundanlage beider Betriebe, haben schon im Anfang die Städte dazu geführt, Gas und Wasser unter eine gemeinsame Leitung zu stellen. Aus dieser Verbindung und dem Drange nach fachwissenschaftlichem Meinungsaustausch entstand die Gemeinschaft der beiden Gebiete bearbeitenden und ausübenden Fachleute: „Der Deutsche Verein von Gas- und Wasserfachmännern“, der im Jahre der Ausstellung 1929 auf ein 70jähriges Bestehen zurückblickt und unter dessen wissenschaftlicher Leitung die Ausstellung 1929 ins Leben gerufen werden konnte.

Ist die zentrale Wasserversorgung, insbesondere der Städte, bereits bei allen Kulturvölkern des Altertums das vornehmste Ziel kommunalwirtschaftlicher Bestrebungen gewesen, so ist die Versorgung mit Gas eine Errungenschaft der neuen Zeit. In Deutschland wurde das Leuchtgas vor reichlich 100 Jahren aus England eingeführt. Erfahren beide Gebiete nicht zuletzt durch die Tätigkeit des Vereins Ausbau und Förderung entsprechend der fortschreitenden Entwicklung der Naturwissenschaften im 19. Jahrhundert und erreichten sie auf diese Weise eine achtunggebende Höhe, so blieb dem Wasser naturgemäß das Auftreten jeder Konkurrenz erspart. Die Wasserversorgung entwickelte sich nach der wirtschaftlichen und hygienischen Seite, während das Gas, nachdem es jahrzehntelang unbeschränkt zunächst den Platz des Leuchtgases und dann auch des Wärmeleiters innegehabt hatte, sich die Konkurrenz neuer technischer Errungenschaften gefallen lassen mußte und mit ihr weiter zu rechnen hat.

Die deutsche Gasindustrie, die heute einen wichtigen Faktor in der deutschen Volkswirtschaft darstellt, steht ihre Hauptaufgabe in der Versorgung der Bevölkerung, des Gewerbes und der In-



Erst im Jahre 1825 wurden die ersten Gasanstalten und Stadtbeleuchtungen mit Gas in Deutschland errichtet, und zwar in Hannover und gleich danach in Berlin. Die Zahl der Gaswerke ist nach dem Kriege zurückgegangen, zum Teil infolge des Wegfalls einer Anzahl Werke in den durch den Versailler Vertrag abgetrennten Gebieten, zum Teil aber auch durch die Zunahme des Großbetriebs in der Gasindustrie. Namentlich hat in den letzten Jahren die gemeinsame Gasversorgung wirtschaftlich zusammenhängender Gebiete durch zentral gelegene Großgaswerke Fortschritte gemacht.

die Voraussetzung für Volksgesundheit und damit für alle wirtschaftliche Tätigkeit bildet? Die Ausstellung zeigt, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse, welche komplizierten Behandlungsmethoden erforderlich sind, um das Wasser, das jeder täglich als etwas Selbstverständliches vielfach achlos in Mengen verbraucht, zu beschaffen; es wird die Bedeutung der Bewirtschaftung unserer Wasserkräfte, die nicht unerschöpflich sind, im Zusammenhang mit Verbrauch und Ergänzung, die Wichtigkeit der Wasserwerke für unser Gesamtwirtschaftsleben — alles noch recht wenig bekannte und gewürdigte Gebiete — vorgeführt.

## Bergarbeiter und Abbauhämmer.

„Um mit der Konkurrenz auf dem Kohlenmarkt Schritt zu halten, muß der Bergbau in Deutschland leistungsfähiger gestaltet werden!“ — so lautet die Parole der Bedenkenbesitzer. Es ist gelungen, in den letzten zehn Jahren die Leistung im Bergbau um über 30 Prozent zu erhöhen. Diese Steigerung war möglich durch erhöhte Ausnutzung von Arbeitszeit, Arbeitskraft und durch Einführung von technischen Hilfsmitteln. Ungeheure Umwälzungen in den Abbaumethoden wurden durch die Einführung technischer Hilfsmittel, wie Schüttelrutche und Abbauhämmer, hervorgerufen. Der Abbauhammer beherrscht heute die Grube. Die Zahl der Abbauhämmer stieg von 217 im Jahre 1913 auf 64 400 im Jahre 1928, so daß jetzt auf jeden zweiten Bauer ein Abbauhammer gerechnet wird. An diesen Feststellungen ist die Bedeutung der Abbauhämmer in der Grube und damit für den Bergmann erkenntlich. Gering war die Leistungsfähigkeit der ersten Abbauhämmer. Ihre Handhabung verursachte mehr Verdruß als Nutzen. Sie wurden deshalb von den Bergarbeitern als unpraktisch abgelehnt. In festen Flözen waren diese Hämmer einfach unbrauchbar, dort konnte durch Sprengung eine höhere Leistung erzielt werden.

Größere Formate von Abbauhämmer traten auf den Plan, mit denen die Leistungsfähigkeit der üblichen Gewinnungsmethoden in den Schächten gesteigert wurde. Der Abbauhammer Marke Fröhlich & Klüpfel erbrachte sogar in vielen Flözen die Schieferarbeiten. Dieser Hammer wiegt 18 Pfund. Jeder Kumpel war nach der Arbeit mit diesem Hammer völlig erschöpft. Maschinen sollen doch, neben ihrer größeren Leistungsfähigkeit, noch die Arbeit erleichtern. Dieser Grundlag war hier nicht anwendbar, darum erwachte ein Widerstand der Kumpel gegen dieses Hilfsmittel.

Doch der Technik genügt die Leistung der Abbauhämmer noch nicht. Viel schwerere Hämmer wurden geschaffen. Die Marke „Hauserr“ wurde eingeführt. Mit heimlichem Grauen betrachteten die Bergarbeiter dieses Monstrum von Handwerkszeug. Wiegt doch dieses Werkzeug „nur“ 28 Pfund! Dazu kommt noch das Gewicht des Luftschlauchs von 2 bis 4 kg, so daß damit ein Werkzeug von mehr als 30 Pfund geschaffen ist. Jeder Laie kann sich die Schwierigkeit der Handhabung eines derart schweren Werkzeuges vorstellen. Gewaltige Körperkräfte werden bei der Arbeit mit diesen Hämmer gebraucht. Und es ist fast ganz unmöglich, eine ganze Schicht ununterbrochen damit zu arbeiten. In niedrigen Flözen mit flachen Lagerungen sind die Hämmer einfach unbrauchbar, denn in kniender oder gebückter Stellung kann ein solcher Hammer nicht regiert werden.

Die schwere des Hammers erschöpft zu schnell die Körperkräfte der Arbeiter, so daß eine geringere Leistung als bei der Arbeit mit leichteren Abbauhämmer erreicht wird. Darum soll dieser Hammer vor allem in Ortsbetrieben und in steilen Flözen verbannt werden. Die Veraltungen der Flözen tragen sich mit dem Plan, in Zukunft nur die großen Abbauhämmer anzuschaffen. Hier ist eine Untersuchung über das Fähr und Wider sehr wichtig und zweckmäßig nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern im Interesse des gesamten Bergbaues, da heute 80 Prozent der gefördert Kohle mit dem Abbauhammer gewonnen werden.

In Ortsbetrieben hat sich der schwere Hammer bewährt, da hier gewöhnlich neben der Kohle noch Stein gelöst werden muß. In Ortsbetrieben sind auch gewisse Vorbedingungen vorhanden, wie fester Grund unter den Füßen und eine gewisse Höhe des Arbeitsortes, die eine aufrechte Stellung bei der Arbeit ermöglichen. Anders liegen die Verhältnisse in den Strecken. Hier spielt das Gewicht des Werkzeuges eine große Rolle. Nicht allein in flachen und niedrigen, auch in steilen Flözen. Wird die Kohle in steilen Flözen von oben nach unten abgebaut, so muß der Arbeiter vorwärts zu Werke gehen, um nicht abzustürzen. Eine Hand braucht er, um sich an den Stempel festzuhalten. Bei der Arbeit mit dem schweren Hammer ist keine Hand frei, denn wer kann mit einer Hand einen ratternden, stoßenden Hammer von 30 Pfund regelrecht handhaben?

Gewöhnlich wird in steilen Lagerungen die Kohle im sogenannten Schrägbau abgebaut. Strohweise in Höhen von 4 bis 6 Metern wird hier die Kohle bearbeitet. Bei jedem neuen Stoß muß sich der Kumpel auf einer Breite von 1,20 Metern in die feste Kohlenwand hineinarbeiten, ehe er von oben nach unten arbeiten kann. Das volle Gewicht des Hammers liegt hierbei in seinen Armen und die Schläge des Hammers treffen mit aller Stärke den anstimmenden Körper. Die Kräfte des Arbeiters werden dadurch übermäßig in Anspruch genommen. Die Folge ist: öftere Krämpfe und langsamerer Tempo. Ist nun die Kohle außerordentlich fest, dann muß das Spitzen des Abbauhammers genau auf Zentimeter angefeilt werden, sonst arbeitet es sich fest. Mit großer Anstrengung und mit viel Zeitverlust kann es wieder herausgearbeitet werden. Wie schwierig eine derartige genaue Arbeit mit einem Werkzeug von mehr als 30 Pfund ist, leuchtet gewiß jedem ein.

Diele Momente sprechen gegen eine stärkere Einführung der schwersten Abbauhämmer. Nur selten wird eine höhere Leistung gebucht werden können. Jedes Handwerkszeug muß praktisch und zweckmäßig angewendet werden können. Dieser Grundsatz gilt bestimmt auch für den Abbauhammer, denn er ist zurzeit das wichtigste Werkzeug des Bergmanns. Wenn Größe und Gewicht des Werkzeuges ausschlaggebend für die Leistungsmöglichkeit desselben sein sollen, so müßten alle Werkzeuge, wie Haxe, Säge, Beil, Schaufel usw., in größeren und schwereren Maßen hergestellt werden. Doch hier gilt eben, wie überall, die Maximalgrenze. Diese richtige Grenze zu finden, ist Angelegenheit von Fachleuten. Hier ist ein Betätigungsfeld für die Institute von Arbeitstechnik und Psychologie. Denn ein unpraktisches Werkzeug brüht bestimmt auf die Arbeitsfreude. Und wer hat daran Interesse? Gewiß keiner! Eine genaue Prüfung über die Auswirkungen der einzelnen Abbauhämmerarten würde nur der Wirtschaft und den Arbeitern dienen.

Heinrich Klose.

# Zuchtwahl menschlicher Arbeitskraft.

In den letzten Jahren beginnt man, sich eindringlich um den Produktionsfaktor Mensch zu bekümmern. Seit Jahrzehnten besitzen wir in Deutschland Forschungsstellen für Eisen, Kohle, Baustoffe, Chemie, Leder und viele andere Grundstoffe und Produkte. Außerordentlich viel Zeit, Mühe und Geld wurden aufgewandt, um den Arbeitsstoff zu ergründen und zu durchforschen. Doch sehr wenig hört man von der Erforschung des stoffumformenden Elements, des arbeitenden Menschen. Das hat sich in den letzten Jahren gründlich geändert. Es wird jetzt im Gegenteile des Guten zuviel getan, und die Zahl der staatlichen und privaten Stellen, die sich mit der psychotechnischen Behandlung des Menschen beschäftigen, wächst von Jahr zu Jahr.

Die Notwendigkeit der Psychotechnik wird in der Regel damit begründet, daß es in einem so differenzierten Wirtschaftsleben wie heute notwendig sei, den rechten Mann an den rechten Platz zu setzen. Die Rationalisierung und Mechanisierung des Produktionsprozesses erfordert es, daß nicht mehr der blinde Zufall über die Verwendung des Menschen im Wirtschaftsprozess entscheidet. Vielmehr sei es nötig, den Menschen selbst zur Unterlage einer eingehenden Erforschung zu machen, das heißt sogenannte Eubjektpsychotechnik zu treiben. Hierunter versteht man das ganze Ausleseverfahren einschließlich der Auszubildungsmethoden und der Anlernvorgänge in Industrie, Handwerk und Handel. Daneben geht eine Bewegung, die sich Objektpsychotechnik nennt, und die die Anpassung der Arbeitsmittel an die körperliche und geistige Eigenart des einzelnen Menschen zum Ziele hat. Hierunter wird die Anpassung der Werkzeuge, die Gestaltung des Arbeitsplatzes, die Unfallverhütung, Ermüdungsforschung, hygienische Einrichtungen usw. verstanden.

In den letzten 15 Jahren wurden zahlreiche Institute errichtet, die die Anwendung der Psychotechnik zum Ziele hatten. Wir nennen folgende: Kaiser-Wilhelm-Institut für Arbeitsphysiologie (Berlin), das vom Professor Wähler gegründet wurde; Psychotechnisches Laboratorium der Eisenbahn in Dresden und Berlin; Institut für industrielle Psychotechnik, Gründung von Professor Moede; Institut für Arbeitspsychologie von Dr. Otto Wilmann; Abteilung für angewandte Psychologie (im Psychologischen Institut der Universität), Berlin; Institut für Arbeitspsychologie in Stuttgart; Berufs- und Arbeitsforschungsfeld beim Landesarbeitsamt Düsseldorf; Ausschuss für Arbeitsprüfung bei der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M.; Institut für Sozialpsychologie in Karlsruhe.

Das sind einige Gründungen von Instituten, die alle den gleichen oder einen ähnlichen Zweck hatten. Daneben beschäftigen sich die Arbeits- und Berufsämter, die Bundesarbeitsämter, das Reichsarbeitsministerium und zahlreiche andere Stellen mit

dieser Frage. Kurzum, wohin man blickt, eine lebhaft bewegte nach der Richtung, die Psychotechnik zur Anwendung zu bringen und den arbeitenden Menschen im industriellen Leben an diejenige Stelle zu bringen, an die er gehört. Diese Bewegung ging mit der technischen Umstellung der Wirtschaft einher. Die Rationalisierung und die Psychotechnik, beide in einer Linie liegend, sollten sich ergänzen.

Neben dieser persönlichen Eignungsprüfung und der Erforschung des günstigen Arbeitsplatzes, der vorteilhaften Arbeitsmethoden usw. wurde aber auch eine Bewegung eingeleitet, die die Arbeitspädagogik und die Menschenführung zum Ziele hat. Der Produktionsfaktor Mensch sollte nicht nur in seiner wirtschaftlichen Verwertung und geeigneten Berufsausbildung erzieht und beeinflusst werden, sondern es sollte die Erwerbslosenbildung, eine Art Bevölkerungsökonomie, die Erziehung in der Familie u. a. damit einhergehen. Auf diesem Gebiete ist die Zahl der Gründungen von Instituten noch reichlicher erfolgt, als auf dem Gebiete der reinen Psychotechnik. Den größten Anstoß erhielt diese Bewegung durch die Gründung des Deutschen Instituts für technische Arbeiterschulung, des bekannten „Dinta“. Diese Gründung ging von der Schwerindustrie aus und hat alle späteren Einrichtungen mehr oder weniger befruchtet. Es wird notwendig sein, nachstehend die wichtigsten der Institute aufzuzählen, die auf diesem Gebiete gegründet wurden:

- Deutsches Institut für technische Arbeiterschulung (1926),
- Gesellschaft für Persönlichkeitsforschung, Stuttgart (1927),
- Anstalt für Arbeitskunde, Saarbrücken (1927),
- Internationale Vereinigung zum Studium und zur Förderung befriedigender menschlicher Beziehungen und gesunder Arbeitsbedingungen in der Industrie, Zürich (1927),
- Anstalt für Arbeitskunde der Gesellschaft für deutsche Wirtschaft und Sozialpolitik, Berlin (1928),
- Institut für Betriebssoziologie, Berlin-Charlottenburg (1928),
- Abteilung für „Industriepädagogik“ im Sozialwissenschaftlichen Institut der Universität Köln (1928).

Ein reines Gründungsieber hat sich in den Jahren 1926 bis 1928 auf den Gebieten der Industriepädagogik und der Menschökonomie ausgetobt. Alle Schattierungen sind vertreten. Am ausgeprägtesten nach der Unternehmerseite hin steht das „Dinta“, die Grenze auf der anderen Seite liegt beim Institut für Betriebssoziologie, eine Gründung, die von den Professoren Brieske, Niebenjahn und Woldt vorgenommen wurde. Es hat den Anschein, als wenn der Produktionsfaktor Mensch plötzlich erfunden sei und nunmehr der beschönigten Erforschung bedürftig. Wir wollen uns mit den Methoden der einzelnen Institute nicht näher befassen. Sie alle haben zum Ziel, die menschliche Arbeits-

# Abwehr kommunistischer Lausbüberei.

Der Vorstand hat am 14. Mai beschlossen, die Zahlstelle Katernberg aufzulösen und sämtliche Funktionäre ihres Amtes zu entheben. Dieser schwerwiegende Beschluß war unumgänglich notwendig, wenn die Zahlstelle vor dem vollständigen Zerfall bewahrt und nach jahrelangem Drunter und Drüber wieder gesunde Verhältnisse innerhalb der Zahlstelle geschaffen werden sollten. Schon jahrelang glichen die Zahlstellenversammlungen kommunistischen Parteiversammlungen. Die Ortsverwaltung, die für eine ordnungsgemäße Durchführung der Versammlungen zu sorgen hat, gab allen sich oppositionell gebärdenden Kameraden uneingeschränkte Schimpffreiheit, die benutzt wurde, um gegen andersdenkende Kameraden, die Verbandsangestellten und den Verbandsvorstand in oft geradezu schmutziger Weise heranzufallen. Mit einer gesunden Kritik wirklicher oder angeblicher Mängel in der Organisation, die wenn sie von dem notwendigen Sachverständnis geleitet und nicht gegen den Geist kameradschaftlicher Duldsamkeit verkehrt, nur fruchtbringend wirken kann, hatten diese von Verleibungen strahlenden, die Tatsachen oft auf den Kopf stellenden wüsten Schimpfereien nichts zu tun. Nicht auf die Besserung der Verhältnisse kam es diesen Kameraden an, sie verfolgten lediglich den Zweck, die von der RSD. herausgegebenen Parolen rücksichtslos zur Durchführung zu bringen. Generalversammlungsbeschlüsse, Verbandsstatuten, Beschlüsse der Reichskonferenzen usw. kannte die Ortsverwaltung der Zahlstelle nicht. Eine erfolgreiche Organisationsarbeit ist jedoch nicht denkbar, wenn die von der überwältigenden Mehrheit der Mitgliedschaft geschaffenen und gutgeheißenen Verbandsbeschlüsse von einer Zahlstellenleitung mit Füßen getreten werden. Ohne eine gewisse Disziplin und Einordnung unter den Mehrheitswillen ist eine erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit nicht denkbar. Die sogenannte Opposition der Zahlstelle Katernberg hat jedoch gelaugt, ihren Willen der Gesamtorganisation aufzuzwingen zu können. Es verging keine Versammlung, in der nicht Resolutionen, die von Verleibungen strahlten, eingereicht und angenommen wurden. Von der Durchführung und vom Vorstand wurde die Durchführung statutenwidriger Beschlüsse verlangt. Es sei hier nur erinnert an die Bildung von Kampfkommissionen mit den Unorganisierten, die Aufstellung von Kandidatenlisten für die Betriebsratswahlen gemeinsam mit den Gelben, Satenkriegern usw. Die Ortsverwaltung hat die Einreichung derartiger Resolutionen und die Abstimmung darüber nicht nur gebüldet, sondern sogar aktiv unterstützt. Als alle Verwarnungen nichts nützten, sah sich der Vorstand gezwungen, die Ortsverwaltung unter Leitung des Vertrauensmannes Herzog ihres Amtes zu entheben. Als dann eine Reihe kommunistischer Kameraden bei den Betriebsratswahlen Sonderlisten mit den Unorganisierten aufstellten, mußten diese in Durchführung eines Beschlusses der letzten Reichskonferenz ausgeschlossen werden. Diese Ausschließungen haben dann den Wahlkampf auf den Schachanlagen Bolbbreit 1-2 und 6-9 in einer Weise geführt, die jedem aufrechten Gewerkschafter die Gornnarste ins Gesicht treiben mußte. Auf der einen Seite wurde der Verband beschmutzt und besudelt, auf der anderen Seite küßten diese Unentwegten den Unorganisierten die Stiefel und appellierten an die niedrigsten Instanzen im Menschen. Kameraden der neugewählten, gleichfalls nur aus Kommunisten bestehenden Ortsverwaltung haben dieses schamlose Treiben kräftig unterstützt und sich nicht geniert, Flugblätter, die in wüster Weise die eigene Organisation besudelten, vor den Schachanlagen zur Verteilung zu bringen. In diesen Dingen setzte die kommunistische Ortsverwaltung unter Führung des Vertrauensmannes Gruboch die Krone auf in einer Zahlstellenversammlung, die am 12. Mai im Lokale Bergfort abgehalten wurde. Alle Ausschließungen waren von der Zahlstellenleitung geladen, an der Versammlung teilzunehmen. Trotzdem der anwesende Verbandsangestellte auf die Unzulässigkeit eines solchen Beginnens hin-

wies, stellte sich die Ortsverwaltung und ihre Anhänger auf den Standpunkt, daß die Ausschließungen noch Mitglieder des Verbandes und berechtigt seien, mit vollem Stimmrecht an der Versammlung teilzunehmen.

Dieses letzte Ereignis schlug dem Faß den Boden aus und führte zu dem oben genannten Vorstandsbeschlusse und zur Einsetzung einer kommissarischen Ortsverwaltung. Mit Genugtuung kann festgestellt werden, daß die überwiegende Zahl der Mitglieder mit dem gewerkschaftsfeindlichen Treiben der abgesetzten Ortsverwaltung nicht einverstanden ist. Von den 433 Mitgliedern der Zahlstelle werden zurzeit wieder 350 von den neuen Woten beibehalten. Dazu sind eine Menge alter Kameraden, die, von dem wüsten Treiben der Kommunisten angeekelt, der Organisation den Rücken gekehrt hatten, wieder aufgenommen worden.

Wenn man nach der Ursache fragt, warum eine Handvoll Kommunisten eine Zahlstelle vollständig niederwirtschaften kann, so liegt das nur an der Struppellosigkeit ihres Vorgehens, die allen wirklichen Gewerkschaftern den Besuch der Zahlstellenversammlungen verweigert. Das muß in Zukunft anders werden! Die kommissarische Ortsverwaltung wird für eine straffe Versammlungsdisziplin und gute Ausgehaltung der Versammlungen Sorge tragen.

Kameraden, darum hinein in die Zahlstellenversammlungen, dann wird es ein leichtes sein, den Gewerkschaftsfeindern das Handwerk zu legen!

Fast gleiche Verhältnisse wie in Katernberg bestehen auch in den Zahlstellen Beederwerth und Ober-Margloh. Auf diese Verhältnisse besonders einzugehen können wir uns ersparen, weil im Vorstehenden nur der Name Katernberg vertauscht zu werden braucht mit dem Namen Beederwerth oder Ober-Margloh, um ein ungefähres Bild von der Situation auch in diesen Zahlstellen zu erhalten. Auch hier wurde deshalb Auflösung und Ausschluß der Ortsverwaltung notwendig, weil mit ihr kein Zusammenarbeiten mehr möglich war. Neue, kommissarisch eingesetzte Verwaltungen haben bereits die Neuordnung übernommen mit dem Resultat, daß in Beederwerth von früher 115 Mitgliedern bereits 60 bis 70, und in Ober-Margloh von früher 300 Mitgliedern jetzt schon wieder über 100 von der neuen Verwaltung beibehalten werden.

Das kommunistische „Ruhr-Echo“ berichtet nun in spaltenlangen Artikeln von einem „klassenbewußten“ Abwehrkampf der betreffenden Zahlstellen, die in langen Protestresolutionen gegen die getroffenen Maßnahmen des Hauptvorstandes Stellung nahmen. In Wirklichkeit handelt es sich hier natürlich um das Loben der Ausschließungen und ihrer paar Anhänger, das nur lächerlich und größenwahnsinnig ist. Man kann nur Mitleid haben mit diesen Arbeitern, die sich zum Werkzeug mild geordneter kommunistischer Literaten benutzen lassen, denen der politische Boden immer mehr schwindet und die sich nur noch mittels Planküne und Intrige gegen die organisierte kämpfende Klassenfront der Arbeiterschaft halten können.

Kameraden, schüchtet dieses Geschmeiß von euch und sammelt euch refflos hinter den Ortsverwaltungen, die im Rahmen des Statuts und der Generalversammlungsbeschlüsse zu wirken bereit sind!

**Pensionszulage auch für die Wanderversicherten.**  
Die Frage der Anerkennung der monatlichen Pensionszulage von der Reichs-Knappschaft an solche Pensionsberechtigten, die einen Wanderversicherungsanteil vom Saarnknappschaftsverein beziehen, soll ebenfalls durch eine Verordnung der Regierungskommission ihre Lösung finden. Die Verordnung soll keine rückwirkende Kraft haben. Bezüglich der Auszahlung an Mitglieder der elsass-lothringischen Knappschaftsvereine will die Regierungskommission mit der französischen Regierung Verhandlungen einleiten. Der Vorstand gab zu erkennen, daß auch in dieser Frage tunlichste Eile geboten erscheint.

**Kilometergebühr für ärztliche Behandlung von Familienangehörigen.**  
Der Vorstand beschließt hierzu, daß für ärztliche Behandlung von Familienangehörigen bei über 5 Km. Entfernung vom 1. Jan. 1929 ab bei Tag 5 Fr. und bei Nacht 6 Fr. pro Doppelkilometer erhoben werden.

**Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes bei Kürzung der Gesamtbezüge der Hinterbliebenen aus der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung.**

Zur Durchführung der Bestimmungen des § 1262 der Reichsversicherungsordnung beschließt der Vorstand folgendes:

Die Senatsentscheidung vom 27. Juli 1928 (Nr. II a Rn. 351/28/9) findet in ihren Grundgedanken Anwendung. Durch Vermittlung des Oberbergamts sollen die statistischen Löhne der in Betracht kommenden Lohngruppen für das 1. Vierteljahr 1929 angefordert werden. Der durchschnittliche Schichtlohnverdienst wird mit 300 zur Ermittlung des Jahresarbeitsverdienstes vervielfältigt. Bei der zuständigen Bergverwaltung ist jeweils festzustellen, welcher höchsten Lohngruppe der betreffende Versicherte, nicht nur vorübergehend, angehört hat. Die Familienzulagen sind persönlich zu berücksichtigen. Ihre Höhe ergibt sich aus den Rentenunterlagen.

**Der Generaldirektor der Saargruben garantiert nicht mehr für Knappschaftliche Gelder.**

Wie die Verwaltung dem Vorstand mitteilte, hat der Generaldirektor der Gruben einen Antrag gestellt, der dahin geht, von der Verantwortung für die Knappschaftlichen Gelder, die durch die Inspektionskasse zur Auszahlung gelangen, entbunden zu werden. Mit Rücksicht auf die außerordentliche Tragweite und die schweren Bedenken, die seitens der Verwaltung sowie des Vorstandes dagegen geltend gemacht werden, wird die Angelegenheit dem Finanzausschuß zur Beratung überwiesen.

## Arztwahl zur Familienkrankenhilfe.

Die Arztwahl zur Familien-Krankenhilfe findet in der Zeit vom 8. bis 17. Juni 1929 statt. Sämtliche zur Familien-Krankenhilfe nach den Bestimmungen berechtigten Arbeiter und Beamte, soweit sie Mitglieder der Krankenkasse sind, haben ihrem Abteilungsbeamten persönlich oder schriftlich die Erklärung abzugeben, welchen Arzt sie für ihre Angehörigen wählen wollen.

Wählbar als Familien-Krankenfürsorgearzt sind neben dem zuständigen Knappschaftsarzt die Wahlräte, welche in dem jedem Abteilungsbeamten zugestellten Verzeichnis der Ortsärzte und Ärzte, die für die Familien-Krankenpflege in Betracht kommen, aufgeführt sind. Die Knappschafts-Revierärzte können außerdem in allen Orten gewählt werden, in welchen sie als Knappschaftsarzt wählbar sind.

Für jeden Berechtigten wird eine neue Ausweis-Karte des Saarnknappschaftsvereins ausgestellt. Die Verteilung der Karten an die Belegschaftsmitglieder erfolgt vom 21. Juni ab. Wer bei der Verteilung keine Karte erhält, hat innerhalb der nächsten vier Wochen, spätestens bis 31. Juli, einen entsprechenden Antrag bei der Knappschafts-Verwaltung zu stellen.

Für Zugänge nach der Wahl und solche Mitglieder, die sich im Laufe des Jahres verheiraten, werden die Ausweis-Karten auf besonderen Antrag, der bei der Bergverwaltung zu stellen ist, von der Knappschafts-Verwaltung ausgestellt. Dem Antrag ist eine Heiratsbescheinigung beizufügen.

Die Arztwahl hat vom 1. Juli 1929 ab Wirkung. Die alten Ausweis-Karten sind von diesem Tage ab ungültig. Saarbrücken, im Mai 1929. Der Knappschaftsvorstand.

## Wahl eines Knappschaftsrevierarztes für Brieseld.

Für Brieseld ist an Stelle des bisherigen zuständigen Revierarztes, Sanitätsrats Dr. Berkenhufsch, der Knappschaftsarzt Dr. J. o. f. -Hilberfeld als zuständiger Revierarzt ernannt worden. Wir erjuchen unsere in Frage kommenden Mitglieder, davon Kenntnis zu nehmen.

## Die von ihrer Krankheit leben!

In Berlin tagte vor kurzem die Deutsche Gesellschaft für Chirurgie. Neben vielem Wichtigem und Unwichtigen wurde auf dieser Tagung auch über die Wirkung der Sozialversicherung gesprochen. Die Sozialpolitik ist ja bekanntlich ein beliebter Stoff zur Ausfüllung gedankenanreicher Tagesordnungen. In den Presseberichten über obigen Kongreß wird besonders ein Vortrag eines Professors über das Thema „Geographischer und sozialer Einfluß bei verschiedenen Erkrankungen“ erwähnt. Diesem Professor ist es in seiner Praxis aufgefallen, „daß es ungeheuer viel Kranke gibt, die als Träger einer Sozialversicherung nicht den Willen und Wunsch haben, schnell zu genesen und ganz gesund zu werden, und die von ihrer Krankheit leben.“ Doch lassen wir den Berichterstatter des „Berliner Wärsen-Couriers“ sprechen:

„Vor allem nach Magenoperationen hat er (der betreffende Professor) entgegen seinen früheren Erfahrungen bei einem enorm hohen Prozentsatz der Versicherten Kranke immer wieder beschwerden zu hören bekommen, für die sich auch durch genaueste Untersuchung und unter Umständen sogar erneute Operation keine Grundlage finden ließ, wogegen fast alle Nicht-versicherten nach Magenoperationen beschwerdefrei blieben.“

Auf Grund dieser Tatsachen erblickt Professor v. S. a. b. e. r. in der jetzigen Form der deutschen Sozialversicherung eine große Gefahr für das Volkswohl: „Sie verweichlicht das Volk, ja sie erzieht zur Rentenjucht.“

Die Operation eines Magens ist für den Besitzer desselben keine einfache Sache. Der von Oesterreich eingewanderte Professor, der die obigen Klagen vorbrachte, scheint fest davon überzeugt zu sein, daß die von ihm operierten Magen ohne weiteres gesund sein müssen. Weil es dennoch zu Beschwerden kam, führt er dies ohne weiteres auf „Rentenjucht“ zurück. Es ist erkrankt, in welchen Verleibungen sich manche verbotenen Reaktionen hinreichend lassen. Ganz entschieden zurückgewiesen werden muß der Vorwurf, daß es eine nennenswerte Zahl von Arbeitern gibt, die von ihrer Krankheit leben. Der größte Teil der deutschen Chirurgen lebt sehr gut von der Krankheit anderer. Ein sehr großer Teil der von den Versicherten aufbewachten Mittel fließt in die Taschen dieser Leute. Das hindert sie jedoch nicht, auf die Versicherungsorgane zu schimpfen.

# Lohnbewegung im Saarbergbau.

Anfang dieses Jahres kam es bekanntlich im Saarbergbau zu einem eigenartigen Gewerkschaftskampf zur Abwehr eines Lohnmittels der Grubenverwaltung. Dieser Kampf hatte den Abschluß eines Lohnvertrages ab 1. Februar zur Folge, der aber den derzeitigen Verhältnissen nicht mehr gerecht wird. Die Auswirkung der Frank-Stabilisierung, welche im Juni 1928 gesehlich erfolgte, ist sowohl in Frankreich als auch im Saargebiet noch nicht zum Abschluß gekommen. Der Lebensstandard der Arbeiter hat sich fortwährend verschlechtert.

Die Tarifverbände haben deshalb in einer Eingabe an die Generaldirektion der Saargruben am 18. Mai eine Forderung auf Lohnerhöhung gestellt.

Die Leuerungsziffer stieg von 625,1 im November 1928 (der letzten Ziffer vor der damaligen Lohnerforderung) auf 643,1 im Mai 1929. Obwohl die Leuerungsziffer nur 2,8 Prozent Erhöhung aufweist, macht sich dieselbe im Bergarbeiterhaushalt stärker bemerkbar.

Die Geschäftslage im Saarbergbau hat sich gegenüber derselben Zeit des Vorjahres erhöht. Die Leistung pro Kopf und Schicht hat im März 851, im April 865 Kg., die bisher höchste Ziffer, erreicht. Eine Gegenüberstellung des tariflichen Hauzerlohnes, der Leuerungsziffer und Leistung zeigt folgendes Bild:

Leuerungsziffer	Leistung pro Kopf	tariflicher Hauzerlohn
1927: Januar 637,6	724 Kg.	38,94 Fr.
1929: April 639,9	865 Kg.	37,50 Fr.
Mai 643,1	— Kg.	37,50 Fr.

Leistung und Leuerung waren im 1. Vierteljahr 1927 gegenüber April 1929 höher, der Lohn dagegen geringer.

Auch in Frankreich ist die Leuerung im Steigen, was zu einer Lohnerhöhung in Nord- und Südfrankreich führte. Die Saarbergarbeiter erwarten, daß die Generaldirektion sowie der Verwaltungsrat der Saargruben dem Antrag der Organisationen, die Löhne zu erhöhen, ohne lange Verhandlung Rechnung trägt.

## Vorstandsitzung der Saarnknappschaft.

Am 8. Mai fand eine Sitzung des Vorstandes der Saarnknappschaft statt. Es wurde berichtet über

### die Heidelberger Verhandlungen betr. Pensionszulage der Reichs-Knappschaft.

Am den am 2. Mai d. J. in Heidelberg stattgefundenen, durch die Gewerkschaften veranlaßten Verhandlungen zwischen Reichs- und Saar-Regierung nahmen, außer den Regierungsvorstreitern, von der Reichs-Knappschaft die Herren Dr. Heimann, Wischmann und Wegener, von der Saarnknappschaft die Herren Dr. Prebel, Dellmer und Grandhaas teil. Als Arbeitnehmervertreter waren Kamerad Peter Michely von unserem Verband und Jakob Michely vom christlichen Gewerbeverein anwesend. Die beiden Bergarbeiterverbände waren durch ihre Bezirksleiter Julius Schwarz und Fritz Kühnen vertreten.

Die Verhandlungen waren notwendig und sind von den Arbeitnehmervertretern im Knappschaftsvorstand angeregt worden, weil durch die Inkraftsetzung der Novelle zum Invaliden- und Hinterbliebenenversicherungsgesetz vom 15. September 1928 die Voraussetzungen des Erlasses der Regierungskommission vom 30. Oktober 1927 und des Beschlusses des Knappschaftsvorstandes vom 1. Nov. 1927 nicht mehr gegeben waren. Während die Heidelberger Abrede im § 33 bejaht, daß zu jeder Invalidenpension monatlich 7 M., zur Witwenpension 3,50 M. und zum Waisengeld 2 M. gezahlt werden, hatte der Erlass der Regierungskommission vorgeschrieben, daß die bisherigen monatlichen Pensionszulagen in derselben Höhe (also nach Dienstjahren gestaffelt) weiter zu zahlen seien, bis sie nach der Heidelberger Abrede von deutschen Versicherungsträgern zu zahlenden Mittel eine Regelung erfahren hätten. Der Knappschaftsvorstand hatte in seiner Sitzung vom 4. November 1927 dementsprechend beschließen müssen, da sonst die Zahlung der Pensionszulage überhaupt in Frage gestellt wäre.

In den Verhandlungen wurde von den Arbeitnehmervertretern ihr damaliger Standpunkt erneut dargelegt und vertreten, daß jedem Pensionsempfänger die in der Heidelberger Abrede festgelegten Zuschußbeträge ausbezahlt werden müßten, jedoch dürfte dabei eine Kürzung der Bezüge der Nicht-Reichsinvalidenrentenempfänger nicht eintreten. Dieser Auffassung haben sich nun auch erfreulicherweise die Vertreter der beiden Regierungen angeschlossen und hat Herr Ministerialdirektor Dr. Thissen eine entsprechende Verordnung der Regierungskommission in Aussicht gestellt. Da der bisherige Zustand auch von den Regierungsvertretern nur als ein Provisorium angesehen wurde, war eine andere Stellungnahme auch kaum zu erwarten.

Der Vorstand erwartet bestimmt, daß die von Herrn Dr. Thissen in Aussicht gestellte Verordnung baldmöglichst in Kraft gesetzt wird.

### Das Verfahren wird eingeklagt, weil die Bergbehörde sich nicht überzeugen kann.

Untern 14. Dezember 1928 wurde seitens unseres Verbandes, Geschäftsstelle Borna, an das Bergamt zu Leipzig eine Anzeige gerichtet, wonach auf dem Wignitzer Kohlenwerk (Dea-Konzern) ununterbrochen die Arbeitszeit überschritten wurde. Die Bergbehörde stellte fest, so berichtet sie untern 26. Januar 1929, „daß die Arbeitszeit durchschnittlich pro Tag für die Arbeiter in der Förderung täglich um eine halbe bzw. eine bis zwei Stunden überschritten wurde.“ Die Braunkohlenarbeiter hatten auf Grund des Mehrarbeitsabkommens zu der betreffenden Zeit schon eine Schichtzeit von 10 1/2 Stunden. Aus dieser Tatsache geht schon allein hervor, daß es sich um eine systematische Schichtverlängerung und eine Durchbrechung des Arbeitszeitabkommens handelt, wie es im Dea-Konzern so üblich ist. Das Zweischichtensystem war an der Tagesordnung. Die Bergbehörde schreibt, die Ueberarbeit war dadurch bedingt, daß während der regelmäßigen Arbeitszeit Störungen durch Witterungsverhältnisse eintraten. Die Witterungsverhältnisse soll man doch wirklich außer Betracht lassen, denn auch dem Bergamt müßte es bekannt sein, daß sich kein Bergarbeiter, auch keine Arbeiterorganisation, als die Witterungsverhältnisse es bedingten, gegen Mehr- und Sonntagsarbeit gestraut haben. Nur haben die organisierten Arbeiter sich dagegen gewehrt, daß man ihnen zumute, Sonntags ohne den tariflichen Zuschlag zu arbeiten. Seitens der Belegschaften wurde, als die Verhältnisse es bedingten, Verständnis an den Tag gelegt, was auf der Gegenseite nicht vorhanden war, denn heute haben noch die Belegschaften vom Dea-Konzern den tariflichen Zuschlag für die geleistete Sonntagsarbeit zu erhalten. Das Ableitungsmandat der Bergbehörde, um über die systematische Arbeitszeitdurchbrechung hinwegzutäuschen, ist sehr kläglich.

Ueber Sonntagsarbeit hat das Bergamt überhaupt eine sonderbare Auffassung. Des Sonntags kann der Unternehmer 14 oder 18 Stunden arbeiten lassen, was die Bergbehörde ganz in Ordnung findet. Die Bergbehörde stellt fest, daß zehn Mann Sonntags eine zwölfstündige Schichtzeit verfahren, was als sehr lange bezeichnet wird. Aber da sei nichts daran zu ändern, denn es stehe nirgends geschrieben, daß für die Sonntagsarbeiten dieselben Arbeitszeiten zu gelten hätten wie für die Wochentage. Die früheren Bergdirektoren, die sich mit dem schönen Titel „Bergamt“ schmücken, finden schon immer einen Ausweg, um ihre ehemaligen Herren Kollegen bei Vergehen gegen die Arbeitszeitverordnung vor Strafe zu schützen.

Es heißt in dem geltenden Tarifvertrag: „Die Arbeitszeit beträgt acht Stunden.“ Durch Mehrarbeitsabkommen ist die tatsächliche Arbeits- und Schichtzeit, die jetzt 8 1/2 bis 9 1/2 Stunden beträgt, geregelt. Weil die abgearbeiteten Grubendirektoren weder im Tarifvertrag noch in der Verordnung über die Arbeitszeit und in der Gewerbeordnung etwas finden können, was hinsichtlich der Dauer der Sonntagsarbeitszeit bestimmend ist, sei auf diesem Wege der Bergbehörde mitgeteilt, daß der Tarifvertrag auch für Sonntags Gültigkeit hat. Die Sonntagsarbeit ist ausführlich im Tarifvertrag geregelt. Auch die Gewerbeordnung ist für Sonntags noch nicht außer Kurs gesetzt.

Gegenüber der Staatsanwaltschaft aber mußte das Bergamt nur zu sagen, es hätte sich nicht davon überzeugen können, daß durch die angeordnete Ueberarbeit seitens der Werksleitung tarifliche oder gesetzliche Bestimmungen übertreten worden seien. In gleichem Atemzuge gibt es aber zu, daß im Dezember 1928 an 2 Schichten täglich eine halbe Stunde Ueberarbeit geleistet worden sei. Das bedeutete für den größten Teil der Belegschaft die Zwölfstundenschicht. Sogar die Sonntagsarbeit, wo dem Braunkohlenarbeiter die 8 1/2stündige Schicht zusteht, wurde sabotiert und eine bzw. zwei Stunden Ueberarbeit gefordert. Wer sich weigerte, wurde an schlechteren Arbeitspunkten verlegt oder mit dem Schreckgespenst „Arbeitslosigkeit“ bedroht. Die Bergbehörde konnte sich aber „nicht überzeugen“.

Die Anzeige unseres Verbandes wurde durch die Bergbehörde der Staatsanwaltschaft zur weiteren Verfolgung übergeben. Die Staatsanwaltschaft stellte durch Beschluß vom 15. Mai d. J. das Verfahren ein, weil die Bergbehörde sich nicht überzeugen konnte, daß die tariflichen und gesetzlichen Bestimmungen der Arbeitszeit auf dem Wignitzer Kohlenwerk überschritten worden seien. Die Begründung der Staatsanwaltschaft zeugt von einer großen Bergbauferndigkeit. Es wird behauptet, wenn auf dem Wignitzer Werk eine Springerschicht eingelegt worden wäre, so hätte dieselbe nur vier Stunden dauern können. Es wäre doch angebracht, ehe sich ein Verfahren eingestellt wird, sich eingehend nach den bergbauähnlichen Verhältnissen zu erkundigen. Im ganzen mitteldeut-

lichen Braunkohlenbergbau sind Springerschichten eingelegt und die Arbeiter müssen länger als acht Stunden arbeiten. Die Bergbehörde hat es eben noch einmal verstanden, ihre ehemaligen Herren Kollegen aus der Schlinge zu ziehen.

Braunkohlenarbeiter! Seht zu diesen Vorgängen, schließt euch zusammen im Verband der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands, damit ihr selbst die Macht habt, solche Vorgänge zu verhindern, solange die Bergbehörde in diesen Fragen so lau ist!

### Selbsttätige Feuerungsregelung bei Treppenrothfeuerungen für Kohbraunkohlen.

Sowohl in bergbauähnlichen Betrieben, die mit Kohbraunkohlen feuern, wie auch in der mit Kohbraunkohlefeuerungen belieferten Industrie herrscht heute im Allgemeinen die Ansicht vor, daß für mehrere oder alle Kessel eine Regelung des Generalschiebers im Hauptfuchs als genügend zu betrachten sei. Dieser Standpunkt ist jedoch unrichtig, weil je nach den verschiedenen Widerständen in den Rauchgaszügen der einzelnen Kessel und dem jeweiligen Zustand des Feuerbettes ganz verschiedene Aufmengen durch die Feuerungen gesogen werden. Somit findet voraussichtlich bei keinem Kessel eine günstige Verbrennung statt. Die geforderten Dampfmenngen können nicht erzeugt werden. Eine gleichmäßige Belastung der Kessel ist damit also nicht durchzuführen. Bei der Regelung durch den Generalschieber dient dem Heizer als einziges Kontrollinstrument für den Zustand der Feuer der CO<sub>2</sub>-Anzeiger, der in den meisten Fällen auch vorhanden ist. Diese Kontrolle kommt jedoch, bedingt durch die Verzögerung der Anzeige, zu spät, da der offenbare Zustand des Feuers schon zwei bis drei Minuten vorher eingetreten ist. Im günstigsten Falle ist es einem sehr geübten und aufmerksamen Heizer möglich, das Feuer nach 5 bis 6 Minuten richtig einzustellen. In den meisten Fällen tritt jedoch zunächst die entgegengesetzte Wirkung ein, so daß 10 bis 15 Minuten vergehen, ehe sich das Feuer wieder in seinem Sollzustand befindet. Wie weit bei mehrmaligen Auftreten dieses Sin und Her der Gesamtwirkungsgrad der Kesselanlage ungünstig beeinflusst wird, braucht wohl nicht besonders erwähnt zu werden. Aus diesen Gründen ist nur die Einzelregelung der Kessel mit Kommando-Steuerwerk richtig, wobei man es in der Hand hat, durch einmalige Einstellung der Regler den Lastanteil auf die einzelnen Kessel gleichmäßig zu verteilen und durch besondere Anzeigegeräte dem Heizer rechtzeitig die Veränderung der Belastung bekannt zu geben. Meistens hat jeder Kessel sein eigenes Belastungsregler-Steuerwerk, das in Abhängigkeit vom Druck der Sammelleitung, also vom Dampfverbrauch, die Rauchgasflappen steuert. Als Rückführung dient die durch den Kessel gehende Luftmenge. Mit Hilfe des Verstellhebels ist es möglich, eine gleichmäßige Dampfzeugung der Kessel zu erreichen. Da die Kohle auf dem Treppenrost zeitweilig nicht schnell genug selbsttätig nachfällt und eine mechanische Schüttelvorrichtung nicht vorhanden ist, muß der Heizer von Zeit zu Zeit nachhelfen, damit keine Löcher im Feuerbett entstehen. Das zu schnelle, unregelmäßige Abbrennen der Kohle erfolgt naturgemäß meist dann, wenn plötzlich viel Luft durch die Feuerung gesogen wird, d. h. wenn der Kessel aus dem gedämpften Zustand auf die höhere Belastung übergeht. Bei einem mechanisch betätigten Rost, Wanderrost, würde gleichzeitig für eine erhöhte Brennstoffzufuhr gesorgt werden. Handelt es sich aber um einen feststehenden Treppenrost, so muß dem Heizer rechtzeitig die Belastungsänderung angezeigt werden. Am Heizstand befindet sich deswegen ein Luft-Dampfmesser, der so einstellt ist, daß bei günstiger Verbrennung die beiden Heizer nebeneinanderstehen. Sobald infolge größeren Dampfverbrauches die Rauchgasflappen sich weiter öffnen, wird der Heizer des Luftmessers angeschlagen. Der Heizer muß für genügende Kohlenzufuhr sorgen, damit die Dampfabgabe gesteigert wird und der Heizer des Dampfmenngemessers auf die gleiche Höhe kommt, wie der Heizer des Luftmenngemessers. Dieses Kommando für den Heizer ist von großer Wichtigkeit, da es nur hierdurch möglich ist, das Feuer in ordnungsgemäßen Zustand zu erhalten und den Dampf bei günstigster Verbrennung zu erzeugen. Bei Verwendung eines sogenannten Kesselhaubtinstrumentes, nach dessen Anzeige der Heizer in umgekehrter Reihenfolge die Luft in Abhängigkeit von der Dampfentnahme aus dem Kessel steuern soll, tritt dagegen eine unerwünschte Verzögerung in der Verbrennung ein, und der Dampf wird nicht rechtzeitig und nicht ohne Druckabfall erzeugt. Die Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft hat zu diesem Behufe eine selbsttätige Feuerungsregelung entwickelt. Der Wirkungsgrad der Kesselanlage konnte bei Regelung nur der Rauchgasflappen so verbessert werden, daß 2,5 Proz. der Kohlen erspart werden. Die Anlagekosten lassen sich nach Berechnung in etwa 14 Monaten tilgen.

Max Knopf, Hannover.

### Wer vernichtet den selbständigen Kaufmann?

In der „Industrie- und Handelszeitung“ wird eine sehrreiche Auseinandersetzung über die „Verwildernis kaufmännischer Gewerbe“ geführt. Die Nummer 78 dieser Zeitung enthält eine Aufschrift, die außerordentlich interessant ist. Wir entnehmen daraus folgendes (die Unterstreichungen rühren von uns her):

„Man kann heute nicht mehr von einer Verwildernis kaufmännischer Gewerbe, sondern nur von einer Verwildernis kaufmännischen Geistes sprechen, oder besser gesagt, der kaufmännische Geist wird heute nach Möglichkeit ausgezehrt. Der selbständige Kaufmann beginnt allmählich aufzuhören, denn er wird in den meisten Fällen gezwungen, Verbänden beizutreten und sich nach den Vorschriften dieser Verbände zu richten. Geleitet werden diese Verbände von Juristen, die Vorschriften und Bedingungen ausarbeiten und glauben, damit die Wirtschaft gänzlich zu können. Die Kapitalknappheit besteht nicht erst seit den letzten Jahren, sondern sie war immer vorhanden und ich erinnere mich sehr gut, daß vor 30 Jahren die Regulierungen der meisten Firmen auch nicht auf den Tag genau vorgenommen wurden...“

Wenn man aber Kaufleuten vorwirft, daß sie die Konkurrenz gegeneinander auspielen, so weiß ich überhaupt nicht mehr, welche Rechte der Einkäufer eigentlich noch hat, außer das zu akzeptieren, was ihm der Lieferant vorlegt. Wertwürdigerweise gelten alle diese Vorwürfe nur für den deutschen Kaufmann. Mein Verband wird wagen, alle diese Vorschriften für den Export bindend zu machen. Die Bekämpfung des „unlauteren“ Wettbewerbs ist längst zu einer Bekämpfung des „unbequemen“ Wettbewerbs geworden. Wie wenig vom Begriff „Kaufmann“ übrig geblieben ist, zeigt die Leitung der Berliner Industrie- und Handelskammer, bei der einige Juristen Vorschläge gegen den Kreditwindel gemacht haben... Durch die Verbände ist heute ein großer Teil der Kaufleute nicht mehr als Beamte, die sich hinsichtlich Kalkulation, Preisstellung, Bedingungen usw. nach den Vorschriften des Verbandes richten und selbständig nicht mehr wirken dürfen. Es findet dadurch eine ungeheure Verteuerung der Ware statt, denn gerade durch scharfe Konkurrenz wird die einzelne Firma gezwungen, das Mögliche an Leistungsfähigkeit herauszuholen. Vielleicht erinnern sich manche Herren noch der Zeit vor dem Kriege, wo wirklich noch mit Penningen kalkuliert wurde und am Schluß des Jahres, trotz einer Kalkulation, die kaum einen Ueberchuß ließ, doch erhebliche Verdienste übrig blieben...“

Diese Meinung werden sich die Herren Monopolisten nicht hinter den Spiegel stecken. In der Tat ist es so, daß durch die Verbände ein großer Teil der Kaufleute nicht mehr als Beamte sind. Lehrend ist auch die Stelle in der Aufschrift, daß die Kapitalknappheit nicht ein Hindernis der neuen Zeit ist, sondern schon immer bestanden hat. Nicht minder wichtig erscheint uns der Hinweis, daß, als noch mit Penningen kalkuliert wurde, trotz einer Kalkulation, die kaum einen Ueberchuß ließ, doch erhebliche Verdienste übrig blieben. Auch heute noch werden Verdienste gemacht, von der Öffentlichkeit wenig erzählt. Im ganzen eine aufschlußreiche Aufschrift, weshalb wir Teile davon zu Ruh und Frommen unserer Kameraden hier zum Abdruck brachten.

### Verbandsnachrichten

Wegen Verstößes gegen den Gießener Beschluß und die Bestimmungen des Statuts wurden aus dem Verband ausgeschlossen: Wilhelm Jachinski (S.-Nr. 1 400 812), Zahlstelle Schonnebeck, Hans Krähle (S.-Nr. 1 401 805), Albert Staajch, Wilhelm Herzog und Karl Gradowitz, Zahlstelle Katernberg. Ludwig Thamschidt (S.-Nr. 1 401 489), Zahlstelle Werden. Heinrich Schlichting (S.-Nr. 1 434 681), Zahlstelle Berne III. Vincent Schweda (S.-Nr. 1 219 149), Zahlstelle Weutchen.

### Knappschäftsältestenkommission Essen.

Sonntag, 9. Juni, vormittags 10 Uhr, im Stadtgartenaal Steele: Quartalsversammlung. Zu erreichen mit der Straßenbahnlinie 9. Vollständige Teilnahme erforderlich.

### Das gedruckte Wort

hat oft eine bessere Wirkung als das gesprochene. Darum gib Deine gelebte Zeitung weiter an unorganisierte und indifferente Kameraden. Die Zeitung ist ein gutes Werbemittel für den Verband.

# Achtung beim Einkauf!

Verlangen Sie stets ausdrücklich **MAGGI Würze** und achten Sie auf den Namen **MAGGI**, die gelb-roten Etiketten und die typische Form der Flaschen.

Vorteilhafteste Größe: **Piombierte Flasche Nr. 6 zu RM 6.50**



### Bei Rheuma, Gicht, Ischias

Wie bei Nerven- und Kopfschmerzen, Erfaltungsfrankheiten und Grippe haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Ueber 5000 notariell beglaubigte ärztliche Gutachten! Davon mehrere hundert Berichte, in denen neben prompter Wirkung besonders die Unschädlichkeit des Logal hervorgehoben wird. Logal ist die Harnsäure aus! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken RM. 1.40.

0.46 Chin. 12.6 Lith. 74.3 Acid. acct. sal. ad 100 Amyl.

9 Pfund geräucherter Schweinsköpfe mit dicker Backe M. 3.25  
9 Pf. Schw.-Käse M. 3.25  
9 Pf. ger. feinst. Käse M. 3.25  
Salami u. Wurst M. 15.75  
9 Pf. u. Bist.-u. Leber 7.65  
Blitzregler  
Käse  
9 Pf. rote Kugeln 3.95  
9 Pf. gelbe Broden 3.95  
9 Pf. Filter (Del.) 7.90  
9 Pf. Ham (Noch) 7.90  
9 Pf. Ham (Schw.) 9.45  
200 Stück Harzer 3.95  
ab Norderl.-Nachnahme  
**CARL RAMM**  
Norderl. (Holst.) 150

**Kastenwagen**  
Untergerüst pr. Esche, 100 cm lang, 4-5 Zentner Tragkraft, 25 Mark franko.  
**Jos. Abel, Borsch-Geisa (Thür.)**

**200 Harzafale 3.95 RM.**  
9 Pf. rote Kugeln 4.45 RM. 9 Pf. 1.20. Ham (Händer) 7.95 RM. ca. 100 Gabelrollen 4.65 RM. Vom neuen Zeigwaren u. Holzwaren, 100 cm lang, ohne Kopf und Eingeweide 4.60 RM. ab hier.  
**E. Napp, Altona 52 bei Hamburg.**

**Reklame-Angebot**  
Braunschweiger Fahrradpreiswerte Qualitäten, langjährige schriftl. Garantie. Verlangen Sie Reklamepreis für Reklamezettel, Katalog und unentgeltl. Konkurrenzrider mit Freilauf und Rücktritt von 58.- Mk., 67.- Mk., 79.- Mk. an L. Braunschweiger 134, Frankfurt M. 3. Teilzahlung gestattet. Bei Barzahlung Rabatt.

**Polster-Matratzen Ohnsoos Stahl-Ohnsoos**  
Metall- und Holzbetten, Schlafzimmer an Privat. Ratenzahlung. — Katalog 755 frei.

**Eisenmöbelfabrik Suhl (Th.)**

**Gummiwaren**  
hygienisch-sanierte Artikel. Preisliste nur bei Artikel-Anfrage gratis.  
Sankta-Versand Hatterahelm bei Frankfurt a. M. 51.

**Stoffern**  
Ein Sprößling nur 10 Pf. zu bei. Gute Kost. O. Haasler, Berlin 16, H. 50.

**Konkurrenzlos mit Garantieschein für 1 Jahr Gute Taschenuhr nur RM. 2.90**  
Nr. 3 Deutsche Herren-Ank.-Uhr, 33std. gen. regul. Werk, in vern. nur M. 2.90  
4m. Goldsch. Schm. Ovaleib. M. 6.50  
5m. bess. Werk. H. nach Form M. 4.90  
6 Sprungdeckeluhr, 3 Deckel vergoldet, höchste Uhr, M. 6.50  
7 Damenuhr, verstellb., 2600 Sch. M. 6.50  
8 Arab. nach Form, Lederarm, M. 6.50  
Nickelkette M. 0.30. Doppelkette, echt vergold. M. 1.20. Kapasli M. 0.25. Verz. geg. Nachh. Katal. grat.  
Uhrwerk Fritz Nolcke, Braunschweig 55, Gaisstr. 3. Jahresumsatz zirka 15 000 Uhren

**Grubenschuhe**  
Nr. 40-46 gut beschlag. 2 Paar 16 Mark.  
**Schaltstiel**  
Nr. 40-45, m. Kernteder Doppelcheln. 1 Paar 14 Mark. 2 Paar 27 Mark frank. gegen Nachnahme.  
Zu jeder Bestellung gebe 1 Paar H. Rosen-träger gratis.  
**Georg Schmidt, Lederwarenfabrik Romagen am Rh. 55.**

**MUSIK**  
Kaufzahlung Ref. 6 Monate Katalog kostenfrei. **GOTTSCALK LUXEMBURGERSTR. 31 KÖLN 105**

**Rugelkäse**  
rot, gesunde Ware, o. Abfall 3 Kgl. — 9 Pf. 2.95  
200 Harzafale 3.95  
100 G. u. 1 Kgl. 1.95 2 2  
K. Solbold, Norderl. 154

**Höher Nebenverdienst**  
für Herren und Damen. Auskunft gratis.  
E. Zed. Schwärze & Co. G. G.

**Honig**  
Durch Kontrolle eines vereit. Berufsvereins ist die Echtheit dieses Honigs garantiert.  
10 Pfund-Dose 9.20 RM.  
5 Pfund-Dose 4.90 RM.  
2 Pfund-Dose 2.20 RM.  
1 Pfund-Dose 1.10 RM.  
1 Pfund-Dose 0.50 RM.  
1 Pfund-Dose 0.25 RM.  
1 Pfund-Dose 0.15 RM.  
1 Pfund-Dose 0.10 RM.  
1 Pfund-Dose 0.05 RM.  
1 Pfund-Dose 0.02 RM.  
1 Pfund-Dose 0.01 RM.  
1 Pfund-Dose 0.005 RM.  
1 Pfund-Dose 0.002 RM.  
1 Pfund-Dose 0.001 RM.  
1 Pfund-Dose 0.0005 RM.  
1 Pfund-Dose 0.0002 RM.  
1 Pfund-Dose 0.0001 RM.  
1 Pfund-Dose 0.00005 RM.  
1 Pfund-Dose 0.00002 RM.  
1 Pfund-Dose 0.00001 RM.

**10000 Dauntfedern über Bettfedern**  
beweisen unü. feinstverfert. los billige, gute u. rasche Bedienung. 1 Bdt. gratis 0.80 u. 1.- RM. haffm. 1.50, grauweißb. bannen 2.50 und 3.-  
weiße Plüschfedern 3.80, 4.50, Spezialität 5.-  
weiße handgef. Halbbaunen 3.50, 4.50, dauern. weiße 5.50, 6.50, weißer Plüschbaum 8.-, 10.-  
Neue Oberbetten: 16.-, 23.50, 26.- u. 31.-  
Kissen: 4.50, 6.50, 8.50, 11.50, Unterbetten: 17.-, 19.-, 21.50, 23.-, 25.-  
Wasser u. Breit. unentl. von 9 Pf. an jrd. geg. Nachn. Nichtpostleibes Geld zurück

**Josef Christis Nachfolger, Cham 371 (Bayer. Wald).**  
Der Name allein bürgt für gute Bedienung.

**Futterale**  
für Mitgliedsbücher Preis 20 Pf.  
G. Sandmann & Co. Sandmann, München B 70 Zweibrückenstr. 42

**Gratis**  
Katalog über billige Kurzwaren. Schreiben Sie sofort. Sie sparen viel Geld. M. Falsen, München B 70 Zweibrückenstr. 42

**Dieser Siegelring**  
Echt 14 Kar. Goldfärbt 5 Jahre Garant. Nr. 520 mit handgrav. Monogr. **Reklamepreis RM 1.50**  
Nachnahme 35 Pf. extra  
Als Ringgröße genügt Papierstreifen Kat. Nr. 10  
Vertrieb gesamt  
Stuss & Mayr D. 2  
Bertholdstraße Ost  
Postsch. : Berlin 10285

**Gummiwaren**  
und hygienischen Artikel für allen häuslichen, Berufs, Schulleute u. Jodge, die es werden wollen. Lesen in Ihrem eigenen Interesse die Broschüre „Die Beschaffung im Geschäftsbereich“ von Dr. med. Th. Eisenbach! Bei Wunsch Broschüre u. Preisliste gratis. Dr. A. Willing & Thewissen, Hagen, Gelfenrieden, Schmiedestraße 51.

